

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 47.

Sonnabend, den 24. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Gegen die neuen Wehrevorlagen.

Von einem höheren Militär wird unserm Münchener Parteiblatt geschrieben:

Wer vor Jahresfrist die Möglichkeit einer umfassenden Wehrevorlage, gleichzeitig für Heer und Flotte, in den Bereich seiner Betrachtungen gezogen hätte, wäre als nicht ernst zu nehmender Politiker dem Fluche des Spottes verfallen. Noch ehe der Marokkostreit geschlichtet, traten die ersten Gerüchte über neue Forderungen auf, deren die Regierung zum notwendigen Ausbau unserer Rüstung bedürfte. Und schon zu Weihnachten war die Forderung als runde Summe dem deutschen Volke unter den Christbaum gelegt worden.

Um nicht weniger als 100 Millionen tausender Ausgaben handelt es sich diesmal, mit denen wir erneut belastet werden sollen. So schwer auch das Rüstzeug schon ist, an dem wir tragen, es genügt noch nicht. Statt den wachsenden Aufgaben der Kultur unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, müssen wiederum Kanonen gegossen und Dreadnoughts gebaut werden. Der Steuerzahler muß erneut angezapft werden, es genügt nicht, daß die Verteuerung der Lebensführung ihn ohnehin nötigt, sich ganz wesentliche Einschränkungen aufzuerlegen. Die Steuerhölzer soll diesmal zwar erst bei den Jahreseinkommen von 5000 Mk. ansetzen. Mit dieser Versicherung hofft man das Volk, den kleinen Mann für die Forderung zu gewinnen. Man verschweigt und verleiht die Tatsache, daß die Wirkung der neuen Steuern sich ebenso gut nach unten, wie nach oben fühlbar machen muß, wenn es sich um einen derartigen Betrag handelt.

Welcher Umstand hat denn eigentlich den plötzlichen Wandel in den Anschauungen hervorgerufen, da doch noch vor einem halben Jahre unser Rüstzeug ausreichend erschien, um den Marokkokonflikt mit seinen mutmaßlichen gefährlichen Phasen durchzuführen? Haben sich die gegnerischen Kräfte über Nacht verdoppelt? Wir haben doch immer uns gebrüstet, daß wir allen Eventualitäten mit ruhigem Auge entgegensehen können.

Die militärischen Kräfte sind überall dieselben geblieben, aber es hat sich gezeigt, daß unsere Diplomatie der gegnerischen weit unterlegen, ja minderwertig ist. Frankreich und England führten äußerst gewandte und energische Diplomaten in das Gesicht, Männer mit gutem Rückgrat und sicherem Blick.

Unsere Unterlegenheit auf diesem Gebiete war zu augenfällig, um weggelugnet werden zu können. Setzt man aber dem Volke weis machen, die Nachgiebigkeit unserer Staatsmänner und Diplomaten habe lediglich auf dem Bewußtsein unserer unzureichenden militärischen Stärke beruht, die mithin ausgeglichen werden müsse, um bei künftigen Streitigkeiten den nötigen Halt zu bieten. Daß man sich mit dieser Erklärung einer unlöslichen Widersprüche auslaset, sieht doch selbst ein politisches Kind ein.

Wir müssen dabei stehen bleiben, daß Heer und Flotte vor Jahresfrist als ausreichend zur Deckung unserer Interessen gegolten haben, und mithin auch heute noch angesehen werden müssen, andernfalls hätte man sich den Marokkostreit vom Halbe halten und erst die nötigen Kräfte sammeln müssen. Die neuen Vorlagen können also kaum eine andere Bedeutung erlangen, als die einer Prämie auf die Ungeschicklichkeit unserer staatlichen Organe und der Diplomaten. Damit künftig noch größere Mißgriffe von diesen begangen werden können, muß Heer und Flotte so stark gemacht werden, daß man nur noch nötig hat, unsere Ansprüche anzumelden; sie werden sich dann schon von selbst durchsetzen. Dann brauchen wir aber auch kaum noch geschulte Diplomaten; jedes Kind kann dann zu einer diplomatischen Mission verwendet werden.

Die ganze Forderung, um es rund herauszusagen, ist durch nichts berechtigt; das deutsche Volk mag sich durch die Kassandrarufe der Regierung keinen Schrecken einjagen lassen. Nötig allein ist eine bessere Vorbildung und Auswahl der für den diplomatischen Dienst verwendeten Persönlichkeiten. Eine ganz oberflächliche Betrachtung genügt zur Einsicht, daß wir vor der Gefahr einer gleichzeitigen Verwicklung mit Frankreich und England nicht zurückzuschrecken brauchen. Seit Fellelan Marineminister gewesen, existiert die französische Marine nur noch dem Namen nach. Sie hat sich von dem ihr vor 10 Jahren bereiteten Niedergang bis zur Stunde, trotz unsäglicher Bemühungen recht tüchtiger Marineminister, noch nicht wieder aufrichten können; eine völlige Gesundung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten, es müßte denn Delcassé der Übermensch sein, der das Kraftstück fertig bringt. Das ist in Frankreich aber

auch hinreichend bekannt, jeder verständige Mann weiß dort, daß die seit Jahren für die Marine verwendeten Summen unwiederbringlich verloren sind. Mit der französischen Marine braucht ernstlich also nicht gerechnet zu werden.

Dank der stagnierenden Bevölkerung ist Frankreich schon seit Jahren an der Grenze seiner Rüstungen angekommen und nicht mehr in der Lage, die jährliche Ersatzquote aufzubringen, die seine Kadres erheischen. Die Rekrutierung hat die Anforderungen an die Tauglichkeit weit unter das zulässige Maß herabgesetzt, aber damit nur erreicht, daß die Militärkassette, nicht die Kadres gefüllt wurden. Eine Nachmusterung der Eingestellten mußte fast alljährlich vorgenommen werden, um einen hohen Prozentsatz von nicht genügend widerstandsfähigen Elementen auszumergen. Die Effektivbestände sanken damit bis unter die Hälfte der Sollbestände. Nur bei den östlichen Grenzkorps, dem 6., 7. und 20. Armeekorps, wurde die statusmäßige Stärke dadurch festgehalten, daß man Anleihen im Innern machte; die östlichen Regionen allein waren nicht imstande, das nötige Rekrutenkontingent aufzubringen. Die Folge dieser schwachen Effektivbestände zeigte sich in der Erschwerung der Ausbildung; sie treten aber noch unvorstellbarer bei Ausbruch einer Mobilmachung hervor; nur ein schwacher Stamm von aktiven Mannschaften ist dann vorhanden, den Hauptteil müssen die Augmentationsmannschaften mit zum Teil erheblich alten Jahreshklassen aufbringen. Die Rückwirkung erstreckt sich naturgemäß auf die Territorialarmee, die im ganzen viel älter, dem Dienst schon fremder geworden ist, als unsere Landwehr. Für die Besetzung der Festungen und Forts bleiben in Frankreich überhaupt nur garnisonsdienstfähige Mannschaften übrig. Wird Frankreich gezwungen, im Laufe eines Krieges weitere Aushebungen vorzunehmen, dann stehen nur noch alte, dem Dienst längst entwöhnte oder ganz junge Elemente zur Verfügung. Alle diese Tatsachen machen der französischen Heeresverwaltung um so schwerere Sorgen, als Deutschland nach dieser Richtung auffallend günstig situiert ist. Selbst die folgenschwersten Rückschlüsse für das Deutsche Reich annehmen, so bleibt ihm immer noch ein nahezu unerhülltes Reservoir an Menschenmaterial zur Verfügung. Ein großer Teil völlig waffen dienstfähiger junger Leute kommt alljährlich nicht zur Einrekrutierung oder wird der Ersatzreserve überwiesen, weil kein Platz mehr vorhanden. Unsere Rekrutierung leidet förmlich an Übersättigung. Trotzdem unsere Kriegformationen viel weiter als die französischen gehen, kann unsere Heeresverwaltung über die ältesten Jahrgänge der noch dienstpflichtigen Mannschaften gar nicht disponieren; sie bleiben verfügbar und werden schlimmstenfalls im Laufe eines Krieges beordert. Unsere aktiven Regimenter werden bei der Mobilmachung nur zum kleinsten Teil durch Reservisten, aber auch nur durch die jüngeren Jahrgänge dieser, komplementiert und sind auf diese Weise den Anforderungen des Krieges von vornherein gewachsen.

Ingegeben sei, daß die französische Bewaffnung, speziell sein Artilleriematerial, in ausgezeichneter Verfassung sich befindet; ebenso muß anerkannt werden, daß die Ostbefestigungen durchaus mit modernen Mitteln verstärkt und umgebaut worden sind.

Ebenso wenig wie die französische Marine fällt Englands Landheer in die Wagchale; die Existenz dieser kann von uns ruhig als quantitätsmäßig vernachlässigbar angesehen werden. Die Reform des englischen Landheeres bis zur Bedeutung eines wirklichen Streitmacht liegt noch in sehr weiter Ferne; ob das Inselreich überhaupt dahinkommt, muß bezweifelt werden, da seine Marine immer wieder alle Kraft in Anspruch nimmt. Auf dieser beruht die britische Weltmachtstellung, kein Wunder, daß diese Rücksicht alle anderen in den Schatten stellt. Das Deutsche Reich kann gegenüber der britischen Marine sich nur auf die Defensiv beschränken; zu einer solchen sind unsere Flotte und unsere maritimen Einrichtungen aber auch völlig ausreichend. Es ist ja unlängst erst in einer der Regierung nahestehenden Zeitschrift sehr umständlich dargelegt worden, wie vortrefflich unsere Kriegshäfen und Rüstungsbefestigungen eingerichtet sind, welche Schwierigkeiten vor allen Dingen einer Landung feindlicher Seestreitkräfte in der Nord- und Ostsee begegnen; wie unzuverlässig das Küstenwasser, namentlich in der Nordsee, mit seiner steten Veränderlichkeit gegenüber den Kriegsfahrzeugen ist und welches dauernde Studium die ewig wechselnden Sandbänke erfordern. Wer sich eingehender für die Fragen interessiert, findet eine ausführliche Schilderung in den Januarheften der Grenzboten.

Das deutsche Volk wird und muß die notwendigen Opfer bringen, wenn seine Streitkräfte nicht mehr zur Behauptung seiner Unabhängigkeit und seiner Weltmachtstellung ausreichen. Von einer Gefahr für diese kann absolut keine Rede sein. Unsere Stellung bedingt aber auch die Erfüllung innerer Kulturaufgaben, für die auch

noch ein Scherlein übrig sein muß. Der neugewählte Reichstag wird sich mit der neuen Wehrevorlage zu beschäftigen haben und wir dürfen vertrauen, daß er mit einem kräftigen „Nein“ antwortet. Nur dann rechtfertigt er das Vertrauen der Wähler. Es ist im vorstehenden dargelegt worden, daß keine Veranlassung besteht, die über Nacht aus dem Schoße der Regierung gefallene Forderung zu bewilligen. Ernstlich denkt auch niemand daran, diese zu rechtfertigen. Nur der Flottenverein, der wieder mobil gemacht hat, und die politischen Generale und Admirale, in und außer Dienst, halten begeisterte Reden zur Rechtfertigung der neuen Forderungen — angeblich zwei neue Armeekorps und uferlose Flottenerweiterung. Wo soll der Reichsschatzsekretär das Geld hernehmen, welche Gedanken mag er sich über die Aufbringung der Mittel machen? Viscount Haubane hat Berlin wieder verlassen; sollten wir uns geirrt haben, daß sein Besuch der Annäherung zwischen Deutschland und England gegolten hat? Wenn das Deutsche Reich trotzdem die Verstärkung seiner Rüstung zu Wasser und zu Land durchführt, dann wird es nicht mit Unrecht in den Ruf kommen, daß die Bedrohung des Friedens von ihm ausgeht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Am Freitag ging es recht ruhig und friedlich zu. Das Haus war namentlich auf den rechten Bänken sehr leer, deren Besitzer sich offenbar schon daheim von den vielerlei Strapazen der agrarischen Woche erholten. Es herrschte fast Ferienstimmung, und die Reihe der Redner sprach mehr zu den Stenographen als zu den spärlich vorhandenen Abgeordneten.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die internationale Konvention gegen den Mädchenhandel begegnete allgemeiner Zustimmung, die von den verschiedenen Parteien freilich in sehr verschiedene Form gefaßt wurde. Schließlich kann man von den Sozialdemokraten nicht verlangen, daß sie der Regierung besonders feierlich und bewegt danken, wie es namentlich der Nationalliberale Meyer und der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer taten. Genosse Böhre, der Redner unserer Fraktion, zog es vor, unter grundsätzlicher Anerkennung des Entwurfes die Lücken und Mängel hervorzuheben, die der Konvention anhaften, und auf die tieferen sozialen Ursachen des ganzen Übels hinzuweisen.

Sehr geringer war die Einmütigkeit des Reichstages bei dem Entwurf eines neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes. Es wäre erstaunlich gewesen, hätte die „preussische“ Reichsregierung nicht den Versuch gemacht, diese Neuregelung zu einer Ausdehnung der Rechte und Befugnisse der Verwaltung zu mißbrauchen.

Genosse Dr. Liebknecht, der an erster Stelle für die Fraktion sprach, legte vor allem den Nachdruck seiner Kritik auf diesen Teil des Werkes. Ihm erschiebt mit Recht die Eindämmung der Polizeiwilkkür die Hauptache. Wie diese Wilkkür schon mit dem geltenden Recht umspringt, zeigte er an einigen prägnanten Fällen der Handhabung der Fremden-Polizei. Jetzt will Preußen die schmale Einfallsforte für unbecommene Ausländer in Süddeutschland schließen. Unser Redner machte gar keinen Fehl daraus, daß wir das Gesetz ablehnen werden, wenn die Verprüfungsversuche nicht beseitigt würden. Noch reformbedürftiger als das Gesetz sei freilich die ausführende Verwaltung.

Auch die Redner der anderen Parteien — des Zentrums, der Konservativen, der Nationalliberalen und der Volkspartei — kamen noch in den Abg. Dr. Spahn, Dr. Giese, Beck-Heidelberg und Waldstein zu Wort, hatten allerhand Einzelheiten an dem vom Staatssekretär Delbrück mit einer professoralen Kathederrede eingeführten Entwurf auszusprechen. So konnte die Notwendigkeit gründlicher Aussprache die Überweisung an eine Kommission noch nicht zulassen.

Am Dienstag geht es also weiter.

Aus den Kommissionen des preussischen Abgeordnetenhauses.

Die Budgetkommission bewilligte einen Betrag von 540 000 Mk. für den gemäß recht notwendigen Ankauf eines Dienstgebäudes für die preussische Gesandtschaft in Hamburg. In der fortgesetzten Beratung des Bergwerks-etats wurde verlangt, daß die Lage der an dem staatlichen Bergbau in Oberhausen beteiligten Bevölkerung nicht verschlechtert werden möge. In der Debatte über die Prämien und Gewinnanteile der Grubenbeamten wurde bemängelt, daß die für die Grubensteiger ausgesetzten Prämien von 240 000 bis 360 000 Mk. sehr gering seien.

Die Regierung erklärte, daß die Prämienvergütung einen Verzicht darstelle, an dem vorläufig nichts geändert werden solle.

Hierauf wurde der Etat des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses bewilligt. Es wurde von der Regierung verlangt, daß sie ein Gesetz über die Rechte der Präsidenten beider Häuser zur Vertretung des Fiskus vorlegen möge. Dies wurde von der Regierung abgelehnt; dagegen aber erklärte sie sich bereit, die Rechtsverhältnisse der Landtagsbeamten neu zu regeln. Der Richterflatter gab dann Auskunft über die aufsehenerregenden Mitteilungen, daß der Agrarierführer Dr. Hahn im Abgeordnetenhause eine Rednerschule abgehalten habe. Er teilte nach den Akten mit, daß dem Dr. Hahn bloß zu einer Sitzung ein Raum zur Verfügung gestellt worden sei, was allen Abgeordneten auf Wunsch gewährt werde.

Die Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses nahm gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teils des Zentrums einen nationalliberalen Antrag an, der die Staatsregierung auffordert, ein Gesetz vorzulegen, wodurch die Dauer der Schulpflicht einheitlich geregelt wird, jedoch unter Berücksichtigung berechtigter Sonderverhältnisse einzelner Landesteile. Ferner sollen in dem Gesetz auch die Folgen ungerechtfertigter Schulversäumnisse und die Voraussetzungen ihrer Strafbarkeit, sowie die Art und Höhe der Strafen festgelegt werden.

Die Budgetkommission des Reichstages konstituierte sich am Freitag vormittag. Als Vorsitzender der Kommission wurde der Abg. Dr. Spahn, als Stellvertreter Dr. Südekum gewählt. In Schriftführern wurden die Abgg. Noske, Dr. Schiffer, Behrens, Erzberger und Eisinger bestimmt. Als Referenten für den Etat des Reichsamt des Innern wurden die Abgg. Graf Westarp und Hoch gewählt. Die Kommission wird am kommenden Mittwoch vormittag ihre Tätigkeit aufnehmen.

Zur Präsidentenfrage im Reichstage.

Die „Nationalzeitung“ teilt mit, daß im Reichstage nach wie vor zwischen den stärksten vier bürgerlichen Parteien Verhandlungen stattfinden, um die Neuwahl des Präsidiums glatt vollziehen zu können. Man sei wieder auf den Ausweg verfallen, die Stelle eines dritten Vizepräsidenten zu schaffen, und man hofft, daß in den nächsten Tagen auf dieser Grundlage eine Einigung erzielt werden kann.

Sozialdemokratische Präsidenten.

Der Landtag für das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt wählte am Freitag den Genossen Winter zum Präsidenten, den Genossen Hartmann zum Vizepräsidenten. Die bürgerlichen Abgeordneten gaben weiße Fettel ab.

Die kochende Volksseele.

Die katholische Volksseele ist wieder einmal ins Kochen geraten und das kam so: Das Gestüt Preußisch-Stargard hat in Brauß eine Dekoration eingerichtet und diese mit drei Hengsten belegt. Einer dieser Hengste führt nun den Namen „Domherr“ und das hat in katholischen Blättern einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. So schreibt die „Germania“:

„Es ist ein ganz unglaublicher Skandal, daß die königliche Gestütsverwaltung eine derartige Benennung der Hengste wie „Domherr“ zu läßt oder gar selbst anordnet. Die Katholiken müssen es sich ganz entschieden verbitten, daß mit Standesbezeichnungen ihrer Geistlichen in diesem Zusammenhange und in erschütterlicher Absicht der Verhöhnung ein derartiger grober und abscheulicher Unfug getrieben wird. Wir möchten bloß das Protestgeschrei in ganz Deutschland hören, das sich, und zwar ebenfalls mit Recht erheben würde, wollte ein Gestütsdirektor es wagen, einen Hengst etwa „Superintendent“, Generalsuperintendent“ oder gar „Luther“ zu benennen. Was hier also nicht geschieht, warum soll es den Katholiken gegenüber erlaubt sein?“

Der Gestütsdirektor, der diese Bezeichnung des Hengstes gestattet hat, mag froh sein, daß er in Preußen amtiert und nicht in dem zentrumsgegneten Bayern. Der Hengst bekommt natürlich jetzt einen anderen Namen und die kochende katholische Volksseele findet wieder Ruhe und Frieden.

Der Miß in der nationalliberalen Partei.

Der Konflikt in der nationalliberalen Partei, der durch die Präsidenten-Episode im Reichstage akut geworden ist, scheint sich eher zu vertiefen, als auszugleichen. Die norddeutschen nationalliberalen Blätter sind glücklich, daß die letzten Vorgänge im Reichstage anscheinend einen Weg bieten, auf dem die nationalliberale Partei schnell und ohne Fährlichkeiten wieder in das schwarze Lager gelangen kann. Man hört förmlich, wie diesen lapseren nationalliberalen Heldenheelen ein Stein vom Herzen fällt, und wie sie bereit aufstöhnen, nachdem Schiffer im Reichstage die Erklärung abgegeben, daß die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten nicht mehr verhandeln würden. Die „Nationalzeitung“ erinnert noch einmal an die parteiamtliche Erklärung, wonach eine Parole, für Bebel zu stimmen, weder von der Fraktion, noch vom Fraktionsvorstand, noch von dem Vorsitzenden ausgegeben wurde. Die Fraktion habe ein „Großblockpräsidium“ ausdrücklich und wiederholt abgelehnt, und die nationalliberalen Abgeordneten hätten in der Stichwahl zwischen Bebel und Spahn weiße Stimmzettel abgeben sollen. Daß die Parole nicht geschlossen durchgeführt wurde, sei sehr bedauerlich, aber die Bebel-Wähler hätten eben in der „Erregung des Augenblicks“ gehandelt. Sedenfalls stehe die bonafides der nationalliberalen Fraktion in der Frage der Präsidentenwahl fest. Nach diesem Bekenntnis der „Nationalzeitung“ versichert das Blatt:

Wenn aus dieser Kundgebung der Freikonserwativen Partei auch noch nicht gerade die Versicherung herausspricht, daß sie nunmehr einer neuen Reichserbschaftsteuer ohne weiteres zustimmen werde, so klingt doch diese Äußerung ganz anders, als sie in den parteiamtlichen deutsch-konservativen Kundgebungen zutage tritt. Die „Konservative Korrespondenz“ versichert vor zwei Tagen erst im Anschluß an die Reichstagsrede des Abg. Pätzsch, daß er keine Ablehnung der Erbschaftsteuer im ausdrücklichen Auftrag der konservativen Fraktion ausgesprochen habe.

Rechtsstehende Blätter fürchten denn auch, daß die vielleicht wiederkehrende Erbschaftsteuer nach größere Verbesserungen unter den bürgerlichen Parteien anrichten werde, wenn sich jetzt sogar die beiden konservativen Bruderparteien darüber in die Haare geraten. Und daß die Erbschaftsteuer als Deckung für die Wehrvorlagen ernsthaft in Frage kommt, das wird mit ziemlicher Bestimmtheit angenommen. Wurde doch sogar behauptet, daß Wermuth lieber von seinem Posten als Schatzsekretär zurücktreten, als die Wehrvorlage ohne Deckung einbringen werde. Diese Meinung einer Berliner Korrespondenz wird ja nun vom Schatzamt demontiert, und behauptet, Wermuth stehe diesen Angaben vollständig fern, damit ist aber nicht gesagt, daß Wehrvorlage und Erbschaftsteuer nicht einen gewissen Zusammenhang miteinander bilden.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause.

Die Sitzung vom Freitag brachte in der Hauptsache die Erledigung lokaler Wünsche aus allen Teilen des Reiches. Bei dieser Gelegenheit brachte Gen. Vorchardt eine Skizze der Danziger Justizbehörde gegen unser dortiges Parteiblatt zur Sprache; man verweigert dem dortigen Redakteur Gen. Crispian den Zutritt zum Pressebüreau bei Gerichtsverhandlungen unter dem Vorwand, er sei ein „bestrafter“ Mensch. Er hat nämlich einmal wegen Hausfriedensbruchs vierzehn Tage Gefängnis erhalten. Unser Redner wies nach, daß dies nur ein Vorwand sei, weil es sich um eine rein politische Angelegenheit handelt, die unsern Genossen die Herren Liberalen eingebracht hatten. Der Justizminister antwortete, daß er sich in diese Dinge nicht hineinmischen könne. Im weiteren Verlauf der Beratungen machte der Zentrumsabgeordnete Gronowski den Minister scharf, er möge veranlassen, daß möglichst viele Anklagen gegen sozialdemokratische Blätter erhoben werden. Genosse Vorchardt wies in seiner Entgegnung nach, daß die konservativen und Zentrumsblätter in noch viel schlimmerer Weise sich der politischen Beleidigung schuldig machen, nur daß gegen sie der Staatsanwalt nicht vorgeht.

Die Einbringung der Wehrvorlagen verlagert?

Im Reichstage wurde am Freitag von verschiedenen Seiten behauptet, daß die Einbringung der Wehrvorlagen auf den Herbst verschoben worden sei. Angeblich macht die Deckungsfrage größere Schwierigkeiten, als man zuerst angenommen hatte. — Ob das mehr ist als eine bloße Vermutung, sei dahingestellt, zunächst hat man sich jedenfalls an die amtliche Verlautbarung zu halten, daß die Vorlagen dem Reichstage demnächst zu gehen sollen.

Die „Deutsche Tageszeitung“, schreibt rechts und links!

Die agrarische Presse schlägt Wutkapriolen, weil ihr wenige Monate der Kartoffelzoll als preistreibendes Mittel für das Wohlfühlen der konservativen Geldbeutel fehlen wird. Sie versteht dabei ganz, daß die einseitige Aufhebung in erster Linie auch dem Klein- und Mittelbauer zugute kommt, der Saat- und Futtermittel diesmal zukaufen muß. Noch interessanter sind aber die Verjüde, z. B. der „Deutschen Tageszeitung“, den Tatsachen immer wieder von neuem Gewalt anzutun, nur damit die agrarischen Vorteile gewahrt bleiben. Wir stützen als Beweis für diese demagogische Schreibweise dieses „vornehmsten“ Bündlerorgans aus ihren Nummern vom dritten und vom zweiundzwanzigsten Februar je eine Bemerkung über die Ursachen des Kartoffelmangels, soweit sie in der Witterung liegen. Es heißt da in der Nummer der „Deutschen Tageszeitung“ vom

3. Februar 1912.

„Das Angebot deutscher Kartoffeln läßt erfahrungsgemäß nach, sobald Frost eintritt. Denn die Landwirte öffnen bei Frost nicht gern die wintermäßige eingedeckten Kartoffeln, sondern warten, sobald sie ihre Kartoffeln eingemietet haben, mit ihrem Angebote bis zum Frühjahr.“

22. Februar 1912.

„Auch die „Billigkeit“, die der Herr Staatssekretär angedeutet hat, vermögen wir nicht anzuerkennen, denn die Witterung dieses Winters war, abgesehen von einigen kalten Tagen, für den Transport von Kartoffeln gerade ausnehmend günstig, (im Original gesperrt) D. H.) so daß die Auslandskartoffeln längst hätten vor dem 15. Februar eingeführt sein können.“

Als es am dritten Februar galt, „nachzuweisen“, daß die Kartoffelnot ganz harmlose Ursachen habe, wurde das Winterwetter für den Kartoffeltransport rasch völlig ungeeignet gemacht. Als im Reichstage die Interpellation, die Aufhebung des Kartoffelzolles betreffend, behandelt worden war, schrieb die „D. Z.“ gleich, die Einfuhr ausländischer Kartoffeln habe wegen des ausnehmend günstigen Wetters schon immer, im ganzen Winter stattfinden können — auch nur einseitige Beilegung des Zolles sei also unnötig!

So grob macht die agrarische Demagogie!

Italien.

Hurrastimmung. In der italienischen Kammer kochte am Donnerstag und Freitag der „Patriotismus“ in einer Weise über, die zeigt, daß die völkerrechtswidrige Saisenerierung des Raubkrieges gegen Tripolis in den Politikern alle kühle Überlegung und jedes Gefühl für Gerechtigkeit erstickt hat. Als der Ministerpräsident Giolitti an der Spitze seiner Ministerkollegen die Kammer betrat, erhoben sich die Abgeordneten und Präsident Marcora brachte der Armee und der Marine seinen Gruß dar, was mit langanhaltendem, stürmischen Beifall aufgenommen wurde. Der Doyen der Kammer, Lacava, schloß sich dem im Namen der Kammer an. Dann gab es Lobreden des Kriegsministers Spingardi und des Marineministers Catolico auf die von Heer und Marine in Tripolis verrichteten „Heldentaten“, die wieder mit tosendem Beifall aufgenommen wurden.

Der Präsident verlas sodann eine Tagesordnung Lacava, Beololo und Baccali, in der dem Heer und der Flotte Gruß und Beifall gespendet wird. Alle Abgeordneten und Tribünenbesucher erhoben sich wieder unter tosendem Beifall. Der Präsident erklärte die Tagesordnung

durch Zuruf für angenommen. Sodann erhob sich Ministerpräsident Giolitti, begrüßt von einer langandauernden Kundgebung, und brachte den Gesetzentwurf über die Gültigkeitserklärung des Dekrets ein, worin die volle und ganze Souveränität Italiens über Tripolis und die Kyrenaikä proklamiert wird. Die Kammer erhob sich von neuem, um ihr Gewissen durch stürmische Kundgebungen zu erleichtern. Nachdem sich diese gelegt hatten, beantragte Ministerpräsident Giolitti, die Kammer möge dem Präsidenten die Vollmacht erteilen, eine Kommission von 21 Mitgliedern zu ernennen, die den Gesetzentwurf prüfen solle. Der Antrag wurde unter Beifall angenommen.

Gestern wurde die Komödie fortgesetzt. Von den Sozialisten sprachen sich die Genossen Turati und Ciccotelli scharf gegen die Annahme des Dekrets aus, während Bissolati, der sich Führer der sozialistischen Partei nennt, einen eigenartigen, einen Sozialdemokraten unwürdigen Standpunkt einnahm. Er erklärte u. a., er glaube nicht, daß die sozialistische Partei sich von den Gefühlen der ganzen Nation trennen dürfe. Er huldigte mit patriotischem Herzen der heroischen Tapferkeit der Kämpfer zu Wasser und zu Lande, die dazu beigetragen, den moralischen Wert Italiens in der Welt immer mehr zu erhöhen. Er erkannte an, daß Italien die Befreiung Libyens durch eine andere Nation niemals hätte bilden können. Von der Opportunität des Dekrets vom 5. November sei er nicht überzeugt, aber er glaube und begreife, daß die Kammer es billige. Der Redner erklärte dann, er werde gegen den Entwurf stimmen, erkenne aber an, daß das Unternehmen durch den ungeheuren Ausdruck nationaler Begeisterung aufgezwungen sei. Weder er noch seine Freunde wollten der Regierung in diesem feierlichen Augenblick Schwierigkeiten schaffen. Diejenigen, die in Konstantinopel auf die Stimme der Sozialisten warteten und auf ihre Opposition rechneten, sollten wissen, daß die Sozialisten es auf keinen Fall an Rücksicht auf die Interessen des Vaterlandes fehlen lassen würden. — Diese hurrapatriotische Rede eines angeblich internationalen Sozialisten wurde natürlich mit lebhaftem Beifall applaudiert.

Die Deputiertenkammer nahm schließlich durch namentliche Abstimmung mit 431 gegen 38 Stimmen bei einer Stimmenthaltung eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung Carava an, die besagt: „Die Kammer geht, in der sicheren Überzeugung, daß damit dem allgemeinen Gefühl des Landes entsprochen wird, zur Bejahung der einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes betreffend das Amteionsdekret über.“ In gleicher Abstimmung wurde dann der Gesetzentwurf betreffend die Genehmigung des Dekrets vom 5. November mit 423 Stimmen gegen 9 Stimmen angenommen. Anscheinend hat sich also die Mehrheit der sogenannten sozialistischen Fraktion der Abstimmung enthalten, anstatt konsequent geschlossen gegen das Dekret zu votieren. Eine nette Sorte Sozialisten!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonabend, den 24. Februar.

Achtung, Mäler, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Mäler und Mühlenarbeiter der Gränzmühle S. und Z. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zuguz ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Wenn Arbeiter Forderungen stellen, dann sollen die ganzen bürgerlichen Blätter über sie her. Das kann man auch jetzt wieder beobachten, wo die deutschen Bergarbeiter eine Lohnerhöhung wünschen, die den Lohn auf den Stand von Ende 1907 mit einem Zuschlag zwecks Ausgleichs der inzwischen eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung bringt.

Die Bergarbeiter erheben damit einen Anspruch, der doch keinesfalls als berechtigt anerkannt werden kann. Denn wo in aller Welt kann sofort, wenn infolge außergewöhnlicher Witterungsverhältnisse eine vorübergehende Teuerung eingetreten ist, eine entsprechende Milderung der Einkommensverhältnisse erfolgen? Solche Forderungen sind eben rein agitatorischer Natur!

Das schreiben die „Lübeckischen Anzeigen“, das Blatt des liberalen „Arbeiterfreundes“ Klein, nach dessen Ausführungen in der Bürgerchaft die Beamten infolge der Teuerung vor dem Ruin ständen. Wenn die Arbeiter entsprechende Forderungen erheben, so sind sie rein agitatorischer Natur; Arbeiter können in teuren Zeiten einfach den Schwächtriemen mehr anziehen!

Die Lübecker Fortschrittler und der „Lübeckmarisch“ der Partei. Nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Doormann und einer anschließenden Diskussion beschloß der Verein der Fortschrittlichen Volkspartei in Lübeck folgende Resolution: „Die Mitgliederversammlung spricht der Reichstagsfraktion ihr unbedingtes Vertrauen aus. Besonders erkennt sie an, daß die Herren Kampff und Dooß bei der Präsidentenwahl in die Bresche gesprungen sind und es ermöglicht haben, den Reichstag arbeitsfähig zu machen. Sie stellt fest, daß von einem Linksabmarsch der Partei keine Rede sein kann, daß sie vielmehr nach wie vor auf streng nationalem Boden steht.“ Dies „nationale“ Bekenntnis war wohl vor allem mit Rücksicht auf die Verbrüderung mit dem Reichverband notwendig.

„Ich lasse die Sache weitergehen.“

Die verhältnismäßig oft in den Sitzungen des Gewerbegerichts wiederkehrende Äußerung: „Ich lege Berufung ein“, oder „Ich gehe weiter“, macht es nötig, einmal die Rechtsmittel zu besprechen, die gegen die Urteile des Gewerbegerichts anzuwenden sind. Gegen sämtliche Endurteile ist eine Berufung an das Landgericht nur dann zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 100 Mk. übersteigt. Alle Urteile, deren Streitwert nur 100 Mark oder weniger beträgt, sind unanfechtbar, also unabänderlich. Aber steigt die eingeklagte Summe 100 Mark und will man Berufung einlegen, dann muß dies innerhalb eines Monats vom Tage der Zustellung des Urteils geschehen. Falls die Partei auf die Zustellung verzichtet hat, rechnet diese Frist von der Verkündung der Entscheidung an. Die Berufung muß durch einen beim Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt eingeleitet werden.

Mancher wird nun sagen: Warum schreibt man uns das, das wissen wir schon längst. Wer aber Gelegenheit hatte, Sitzungen des Gewerbegerichts beizuwohnen, der muß zugeben, daß es leider notwendig ist, dieses Kapitel immer wieder anzuführen. Nicht nur von unorganisierten Arbeitern hört man das „Weitergehen“, sondern auch von Organisierten, denen man manchmal die Unkenntnis nicht zutraut. Allerdings, das wollen wir einschalten, gibt es auch viele Arbeitgeber, die in diesen Fehrläufigkeiten verfallen sind. Durch die Unkenntnis in gewerbegerichtlichen Dingen sind aber schon viele Arbeiter zu Schaden gekommen, indem sie z. B. einen Vergleich in der Meinung, daß sie die Sache weiter verfolgen können, aus schlugen, dann aber mit ihrem Anspruch kostenpflichtig abgewiesen wurden.

Nicht selten sind auch die Fälle, wo gewerbliche Angestellte zum Rechtsanwalt laufen und von diesem eine Klage beim Amtsgericht anstrengen lassen, obgleich die Sache vor das Gewerbegericht gehört. Was einmal vor das Gewerbegericht gehört, bleibt bei diesem und kam unter keinen Umständen beim Amts- oder Landgericht anhängig gemacht werden. Die Gerichte waren verpflichtet, ohne weiteres gewerbliche Streitigkeiten an das Gewerbegericht zu verweisen.

Auch über das Versäumnisurteil herrscht noch große Unkenntnis. Erscheint eine Partei, die vorchriftsmäßig geladen ist, nicht im Termin, so kann die Gegenpartei ein Versäumnisurteil beantragen. Innerhalb 8 Tagen nach der Zustellung kann gegen das Versäumnisurteil Einspruch erhoben werden. Der erste Tag der Zustellung wird nicht mitgerechnet, und wenn der dritte Tag auf einen Sonntag fällt, endet die Frist erst mit Ablauf des darauffolgenden Werktags.

Erscheint, und darauf ist besonders zu achten, eine Partei, die den Einspruch eingelegt hat, in dem nunmehr anberaumten zweiten Termin wieder nicht, so wird das Versäumnisurteil rechtskräftig, das heißt die Partei ist rechtskräftig verurteilt, die Forderung anzuerkennen und kann nicht mehr Einspruch erheben.

Jahresbericht der Poststelle Lübeck des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands. Das Jahr 1911 war für die hiesige Mitgliedschaft insofern ein befriedigendes zu nennen, als sich unsere Mitgliederzahl wieder von 48 am Schlusse des vorigen Jahres auf 61 erhöhte, womit wir unseren früheren Mitgliederstand wieder erreichten. Bzgl. 25 Kollegen, darunter solche, in den größten Schuhgeschäften beschäftigt, haben es anscheinend noch nicht begriffen, wie notwendig eine Organisation für sie ist. Die Kollegen sollten doch einmal bedenken, wie es wohl mit ihrem Verdienste stehen würde, wenn der Zentralverband nicht all die Jahre lang für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft hätte? Wer da mitleiden will, muß auch wissen! Unsere Mitgliederbewegung war folgende: Aufgenommen wurden 36, zugereist 33, abgereist 46, ausgeschlossen wegen Beitragsrückstände 7, ausgestritten 1, zum Militär 1, und 1 gestorben, mithin ein Mehr von 13 Mitgliedern am Jahreschlusse. Von den 61 Mitgliedern waren 41 am Orte und 12 in der Umgebung beschäftigt, die übrigen 8 Kollegen waren Selbständige, die als solche ihre Mitgliedschaft beim Verbands noch hochhielten. Unsere Kasseeinverhältnisse waren ebenfalls befriedigende. Die Hauptkasse balanzierte in Einnahmen und Ausgaben mit 1355,35 Mark, für Reise- und Arbeitslosumunterstützung wurden 438,50 Mk., für Krankenunterstützung 237,60 Mk. ausbezahlt, 414,45 Mk. konnten an die Hauptkasse gesandt werden, während 20 Proz. der Beiträge am Orte verbleiben. Die Bilanz der Lokalkasse betrug 945,03 Mark. Die Nettoeinnahme betrug 648,86 Mk., die Nettoausgabe 514,26 Mk., das ergibt eine Mehreinnahme von 134,60 Mk. Die Spezialisierung der Ausgaben ist folgende: Bau- und Kartellbeiträge 65,90 Mk., örtliche Verwaltungsentfädigung, Delegationen, Fachunterricht, Kranzpenden usw. 275,45 Mk., Inzerate, Druckfaden, Porto und Papier, Bibliothekswecke 52,58 Mk. An Unterstützungen wurden außerdem noch bezahlt: Für durchreisende Kollegen 21 Mk., die Tabakarbeiter und Tapezierer erhielten je 20 Mk., für den Wahlfonds 40 Mark, Zuschuß zur Weihnachtsfeier 19,27 Mk. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 441,32 Mk., davon auf der Sparkasse 402,40 Mk. Die Bewegung des Arbeitsnachweises gestaltete sich sehr ruhig. Arbeitsuchende waren am Ort 37, davon bezogen 14 Kollegen Arbeitslosumunterstützung; zugereist kamen 101 Kollegen, Reiseunterstützung bezogen 54, während 35 ein Sozialgesetz erhielten. 12 Kollegen waren nicht unterstützungsberechtigt. Offene Stellen waren vorhanden 36, besetzt wurden 21. Kleinere Aushilfsstellen sind nicht mit aufgezählt. Außerdem wurde der Arbeitsnachweis von zirka 60 zugereisten Unorganisierten in Anspruch genommen, ein Beweis, daß auch der Nachweis, welcher für beide Teile kostenlos ist, sich immer größerer Beachtung erfreut. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei J. Petersen, Kupferstraße 3. Am Jahreschlusse waren 7 Verbandskollegen arbeitslos. Im verfloßenen Jahre fanden dreißigundzwanzig Mitglieder-Veranstaltungen statt, welche von insgesamt 356 Kollegen besucht wurden. Die Ortsverwaltung erledigte ihre Arbeiten in 12 Sitzungen. Kollegen, wie aus diesem Bericht hervorgeht, wurde unsere Zahlstelle nach außen und innen mehr gestärkt; sorgt nun im neuen Jahre dafür, daß auch der letzte Kollege von Lübeck und den Nachbarorten Mitglied unseres Verbandes wird und bleibt. Ferner Kollegen, besucht die Versammlungen reger und pünktlicher, rüttelt die Indifferenten und Lauen auf, seid tätig bei der Agitation, damit wir am Schlusse des Jahres 1912 ausrufen können: Wir haben ganze Arbeit gemacht. Dann möge kommen was da will: „Bereit sein, ist alles!“

Öffentlicher Schlachthof. Es wurden geschlachtet: Im Monat Januar 1912 53 Ochsen, 132 Bullen, 1273 Kühe und Stieren, 352 fette Kälber, 886 mütterliche Kälber, 1 Lämmer, 33 Ziegen, 4288 Schweine, 442 Schafe, 60 Pferde, zusammen 7519 Tiere gegen 6164 Tiere im Januar 1911. — Beanstandungen: 1. Untauglich, der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 1 Pferd wegen Psaemie, 1 Pferd wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Pferd wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, 1 Bulle wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, 3 Kühe wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Schwein wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit, 1 Ziege wegen vollständiger Abmagerung infolge einer Krankheit. 2. Im Dampfdesinfektor gefocht: 2 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Jungkuh wegen Tuberkulose, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 2/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Auf der Freibank verkauft: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel, 1 Jungkuh wegen Wasserrigkeit, 3 Kälber wegen ungenügender Entwicklung, 1 Schwein wegen Wasserrigkeit, 1 Kalb wegen verschiedener anderer Erkrankungen und Mängel. Außerdem sind bei den übrigen geschlachteten Tieren verschiedene einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich befähigt worden. 11328 kg Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthof untersucht. Hier von wurden 1 1/2 kg Kalbfleisch wegen Kälbermilch beanstandet.

Eine Warnung an Mädchen, die nach Frankreich in Dienst gehen wollen, erläßt das Polizeiamt in der heutigen Nummer unseres Blattes. In derselben heißt es, daß es notwendig ist, sich vor allen Dingen vor Annahme einer Stellung über die Persönlichkeit der Dienstherrschaft zu erkundigen. Weiter empfiehlt es sich, unter allen Umständen einen schriftlichen zweisprachig abgefaßten Vertrag abzuschließen. Im übrigen verweisen wir auf die Bekanntmachung des Polizeiamtes.

Handelsregister. Am 22. Februar 1912 ist eingetragen bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Friedrich W. Augustin in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen. — Am 23. Februar 1912 ist eingetragen 1. bei der Firma Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie in Poschmitz Zweigniederlassung unter der Firma Fr. Gwers u. Co. (Inhaberin: Aktiengesellschaft für Kartonnagenindustrie) in Lübeck: Die Generalversammlung hat am 26. Januar 1912 beschlossen, das Grundkapital um 900 000 Mk. zu erhöhen. Die Erhöhung ist durchgeführt. Das Grundkapital beträgt nunmehr 3 500 000 Mk. und zerfällt in 3500 Inhaberk Aktien a 1000 Mk. Der Ausgabekurs der neuen Aktien ist auf 160 Proz. festgesetzt. Der § 8 des Gesellschaftsvertrages ist entsprechend dem Grundkapitalerhöhungsbeschluß geändert; 2. die Firma J. Wers u. Co., Lübeck Kommanditgesellschaft. Persönlich haftender Gesellschafter J. Wers, D., Kaufmann, Lübeck. Die Gesellschaft hat am 16. Februar 1912 begonnen. Es ist ein Kommanditist vorhanden. 3. Die Firma Walter Müller u. Co., Lübeck. Kommanditgesellschaft. Persönlich haftender Gesellschafter Müller, R. A. W., Kaufmann, Lübeck. Die Gesellschaft hat am 22. Februar 1912 begonnen. Es ist ein Kommanditist vorhanden. 4. Bei der Firma Versandhaus Christian D. Sing, Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Karnevals-Redoute des Singers des Stadttheaters. Man schreibt uns: Montag, den 26. Februar, werden die Räume der Stadthalle, welche die vielen Festteilnehmer beherbergen sollen, im blendendsten Lichte und im wundervollsten Schmuck strahlen. Was wird sich da für ein glanzvolles Bild offenbaren, an dem auch die Zuschauer auf dem Balkon und in den Seitenlogen ihre Freunde haben werden. Die Riste der Mitwirkenden im Kabarett ist so groß, daß dieselbe wohl bis zur letzten Feststunde seine Bretter im „Weißen Saal“ aufgeschlagen läßt und sich sämtliche Ballgäste während der Tanzpausen auch an den künstlerischen Genüssen des Kabarets ergötzen können. Auch auf der Bühne im „Großen Saal“ finden außerordentliche Vorträge statt. Verraten soll noch werden, daß der Gast des Hanja-Theaters, Herr Harry Walden nebst seinem Künstlerpersonal, das Fest besuchen und sich auch in den Dienst der guten Sache stellen wird. Die Tombola weist wieder eine Reihe schöner Gewinne auf, die von heiligen und auswärtigen Geschäftleuten und Kunstfreunden gestiftet sind. In den bekannten Verkaufsstellen findet der Vorverkauf bis Montag abends 8 Uhr statt. Von 8 1/2 Uhr an beginnt der Verkauf, sofern noch Eintrittskarten vorhanden sind, an der Abendkasse in der Stadthalle. Zu bemerken ist noch, daß der Maskenverleiher G. Will, während des Festes mit diversen Dominos und Maskenkostümen anwesend ist. Also auf zur Karnevals-Redoute.

pb. Vermißt. Der Streckenarbeiter Karl Fischer, geboren am 13. April 1889 in Borrade, wohnhaft Klappenstraße 9, hat sich am 19. d. M. gegen 6 1/2 Uhr abends entfernt und ist bis heute nicht zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugefallen ist, oder daß er umherirrt. Fischer ist etwa 1,82 Meter groß, hat längliches volles Gesicht, dunkelblondes Haar und kleinen dunklen Schnurrbart. Er war bei seinem Fortgang bekleidet mit dunklem Überzieher, dunklem Jackettanzug, schwarzem steifen Filzhut und weißgestreifter Unterhose. Personen, die über den Verbleib des Vermißten sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei, Schlüsselbuden 16, 1, oder bei der nächsten Polizeiwache zu melden.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurde ein Bäcker, der sich der Urkundensäufung schuldig gemacht hat. — Festgenommen wurde ein hiesiger Reisender, der für auswärtige Fabriken an Private sogenannte Dauerwäsche vertrieb, sich in vielen Fällen Anzahlungen machen ließ, oder den ganzen Betrag entgegennahm, aber sich um die Lieferung der Wäsche dann nicht mehr kümmerte. Er ist dringend verdächtig, in zahlreichen Fällen die ihm erteilten Aufträge nicht an die betreffende Fabrik abzugeben, sondern das empfangene Geld für sich verbraucht zu haben. — Festgenommen wurden zwei Arbeiter, welche bei einem Landmann in Genin in Arbeit standen und diesem mittelst Einbruchshäfer stahlen.

Kainbergs Universum. Das aus zehn Personen bestehende Programm übt täglich eine große Zugkraft auf das hiesige Publikum aus. Kein Wunder, Kainberg kennt sein Publikum, er bietet für wenig Eintrittsgeld eine Fülle interessanter Darbietungen, die das Publikum vollauf befriedigen und einen amüsanten Abend bringen.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Morgen Sonntag gelangt in neuer Einstudierung das Schauspiel „Die Anna-Liese“ von Persch zur Aufführung. In den Hauptrollen sind die Damen Hilbrecht und Laubden, sowie die Herren Schürer, Nowack, Albert, Böhme beschäftigt. Die Inszenierung leitet Herr Albert.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Dienstag geht die Lustspiel-Revität „Die Rheinrize“ von Heinrich Stobich erstmalig in Szene, dessen Aufführung am Stadttheater in Augsburg mit durchschlagendem Erfolge stattfand. — Am Mittwoch, dem 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Warmor-Saal des Stadttheater-Saalbaues ein einflussreicher Vortrag über die Opern-Revität „Cug en Onegin“ von Tschaikowsky durch Herrn Rechtsanwalt Häppler statt. Die Premiere des Werkes ist definitiv auf Freitag, den 1. März, festgesetzt.

e. M. Die Wegegemeindeversammlung fand am Dienstag beim Bauernvogt F. Hoffmann statt. 15 Dorfschaftsmitglieder mit 29 Stimmen waren anwesend. Die Tagesordnung lautete: 1. Auflassung des Weges Nr. 3. Gr.-Steinrade-Holzkaamp. 2. Verschlehenes. Der Weg 3 ist verbreitert und sind 18 Ar 64 Quadratmtr. von Seiler gekauft und die Auflassung ist seitens Herrn Seiler im Grundbuchamt gemacht. Jetzt ist die Wegegemeinde aufgefordert, den fraglichen Weg aufzulassen; da die Gemeinde nichts verkauft, so ist die Auflassung seitens der Wegegemeinde abgelehnt. Unter Verschlehenes wurde ein Antrag gestellt, zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu setzen: die Bäume von den Kantenteilen zu entfernen und an die äußere Kante des Fußweges zu pflanzen, oder ganz zu entfernen. Weiter wurde ein Antrag von G. Lange gestellt, den Weg zur Grandgrube zu schmälern, da derselbe wenig benutzt wird.

h. Alt-Rahlstedt. Ein Fuhrwerk überfahren. Wie uns von einem Augenzeugen berichtet wird, überfuhr der gestern nachmittag hier 4.11 Uhr eintreffende Hamburger Zug bei Alt-Rahlstedt ein mit einem Pferd bespanntes Fuhrwerk. Das Pferd wurde total zermalmt, der auf dem Fuhrwerk befindliche Junge wurde in weitem Bogen vom Wagen geschleudert, ohne ernstlichen Schaden zu nehmen.

Hanseburg. Ein Opfer des Eises wurde der Wauerer Dehlschlager, der sich auf das Eis des großen Sees zum Fischen begeben hatte, dort einbrach und ertrank. Die Leiche ist noch nicht geborgen. Dehlschlager hinterläßt Frau und Kinder.

Hamburg. Zwischen Rangiermaschine und Eisenbahnrampe tologauetscht. Am Donnerstag nachmittag ereignete sich am Bahnhof Hamburg-Süd ein schrecklicher Unglücksfall. Dort wurde der Kolonnenarbeiter Dietze, als er eine Rangiermaschine begleitete, zwischen der Maschine und der Eisenbahnrampe eingeklemmt. Er erlitt außer einem Beckenbruch andere schwere Verletzungen und mußte durch die Sanitätskolonne ins St. Georger Krankenhaus transportiert werden. Dort ist er am Freitag morgen gestorben.

Neumünster. Nachspiel einer Wahlrechts-säbelelei vor dem preussischen Ober-Verwaltungsgericht. Bei der Polizeiatte auf Wahlrechtsdemonstranten in Neumünster am 18. Februar 1910, die seinerzeit starke Erregung und großes Aufsehen erregte, erhielt der Fabrikarbeiter W. Tschmann durch den Säbelhieb des städtischen Schutzmanns Horn eine Rückenwunde, die von der rechten Schulter quer über den Rücken bis zur linken Hüfte sich zog und dazu führte, daß T. zusammenbrach. 24 — vier und zwanzig — Wochen lang war er arbeitsunfähig. T. verklagte den Schutzmann Horn auf Zahlung von Schadenersatz in Höhe von 478 Mk. Der Kläger machte folgendes geltend: Er sei mit andern Versammlungsteilnehmern aus der „Tonhalle“ gekommen, wo eine von den drei Brotfestversammlungen stattfand, welche am 18. Februar 1910 in Neumünster sich mit der, dem Landtage zugegangenen Wahlrechtsvorlage beschäftigte. Quer über die Straße hinweg sei eine Schutzmannskette aufgestellt gewesen, die es verhindec, nach der inneren Stadt zu kommen. Die Massen sollten nach außen abgedrängt werden. Kläger habe sich in einem Trupp befunden, der von dem beklagten Schutzmann Horn verfolgt worden sei. Kläger sei hinten gewesen und habe vergeblich versucht, an den Häusern entlang, vorbei an der Mauer, nach seiner Wohnung zu gelangen. Die Leute seien eingeklemmt gewesen. Jedenfalls sei es unmöglich gewesen, vorbei zu kommen oder vorwärts zu kommen. So habe er, Tschmann, hinten bleiben müssen. Er habe, wie auch die andern neben ihm, keinerlei Widerstand geleistet. Plötzlich habe der Schutzmann Horn auf die Menschen eingehauen. Nachdem er bereits einen andern verletzt hatte, habe H. dem Kläger seinen wuchtigen Hieb über den Rücken versetzt, ohne daß Kläger sein Kommen bemerkt habe. Bevor es in diesem Zwischenfall zu einer gerichtlichen Verhandlung kam, erhob die Regierung zu Schleswig zugunsten des beklagten Schutzmanns den Konflikt und verlangte Einstellung des Verfahrens, weil der Schutzmann nur in Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehandelt habe. Es habe nämlich der Polizeikommissar Guckmann, als die Menge einer dreimaligen Aufforderung zum Auseinandergehen nicht gefolgt sei, den Schutzleuten den Befehl gegeben, einzuhaufen. Die Schutzleute, darunter Horn, hätten den Befehl befolgt zu müssen. Für den Befehl selbst sei nur der Kommissar verantwortlich. Hinsichtlich der Entwicklung der Dinge wurde im Konflikt Bezug genommen auf das Urteil des Landgerichts Kiel, durch das im Strafprozeß Landorf und Genossen Strafen bis zu 50 Mk. und von fünf Tagen bis zu einem Monat aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstration ausgesprochen wurden. Danach hat der Kommissar, der von seinem Vorgesetzten die Anweisung hatte, einen etwaigen Demonstrationszug nach dem Zentrum der Stadt und zur Wohnung des Bürgermeisters zu verhindern, den Befehl zum Einhaufen gegeben, weil die Menge trotz dreimaliger Aufforderung sich nicht nach dem Süden zu zerstreut habe. — Der Kläger ist nicht angeklagt worden. Das Ober-Verwaltungsgericht beschäftigte sich am 20. Februar mit der Sache. Der Privatkläger Tschmann war persönlich erschienen. Er betonte, es sei schon wegen der von der Polizei freigelassenen engen Straße unmöglich gewesen, daß sich die Menge von 3000 bis 4000 Menschen zerstreute, wie man es wollte. Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Verfahren gegen den Schutzmann Horn endgültig einzustellen ist. Begründend wurde ausgeführt: daß Kläger durch den Befehl des Kommissars in ganz bedauerlicher Weise zu Schaden gekommen sei, darüber sei ja kein Zweifel. Das glaube er (der Präsident v. Bitter) nicht nur für seine Person, sondern auch für den Gerichtshof aussprechen zu dürfen. Hier sei aber nur die Frage zu entscheiden, ob dem beklagten Schutzmann eine von ihm vertretbare Schuld treffe, d. h. eine Überschreitung seiner Amtsbefugnisse vorliege. Das sei zu verneinen, weil Horn lediglich dem Befehl seines Vorgesetzten gefolgt sei. Den Befehl seines Vorgesetzten habe er befolgt müssen. Wenn dabei jemand unschuldig zu Schaden kam, dann könne der Schutzmann nicht haftbar gemacht werden. — Wird nun der schuldige Vorgesetzte zur Verantwortung gezogen werden?

Theater und Musik.

Zu Neuen Stadttheater gelangte am Freitag abend Vorhings romantische Zaubersoper „Und in e“ zur Wiedergabe. Vorhings Musik ist deshalb besonders wertvoll, weil sie nicht mehr scheitern will als sie tatsächlich ist, weil ihre Melodien von schlichter Einfachheit, innig und humorvoll und dadurch volkstümlich im besten Sinne des Wortes sind. Auch in „Und in e“ sprudelt der melodische Quell reich und klar. Die darin enthaltene Mischung von Humor und Romantik ist sehr glücklich und wirkungsvoll. Die gestrige Aufführung des hübschen Werkes war recht erfreulich, ohne allerdings immer ganz das vorjährige Niveau zu erreichen. Die bekannten Prachtleistungen der Herren v. Schenk (Hans) und Langefeld (Kühleborn) verdienen wieder an erster Stelle genannt zu werden. Die Undine wurde von Fr. Jansen sehr anmutig gegeben; dennoch vermochte die junge Künstlerin — besonders stimmlich — nicht Fr. Streiten vergessen zu machen, die in der vorigen Spielzeit diese Rolle meisterlich verkörperte. Den Weit sang und spielte Herr Schorn sehr munter und frei von Übertreibungen. Die undankbare Partie der Vertalida vermochte trotz der recht guten Wiedergabe durch Frau Kruse-Liburtius wenig zu interessieren. Das gleiche kann auch von dem Hugo des Herrn Kollwitz gesagt werden. In kleineren Aufgaben betätigten sich Herr Fabian und Fräulein v. Neuen dorff nach besten Kräften. Der Chor war mit reger Anteilnahme bei der Sache. Für eine hübsche szenische Aufmachung hatte Herr Oberregisseur Beyer gesorgt, während die musikalische Leitung in den tüchtigen Händen des Herrn Kapellmeisters Blumann lag. An Beifall fehlte es der Vorstellung nicht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Der durchschlagende Erfolg
und der steigende Umsatz**

meiner fertig gefüllten Betten

Liefere den besten Beweis für meine Leistungsfähigkeit. Meine fertig gefüllten Betten sind aus bestem Inlett zweifach genäht und mit **doppelt gereinigten**, staub- und geruchsfreien Federn, resp. Daunen, reichlich gefüllt. Das Füllen geschieht auf Wunsch im Beisein der Kundschaft in meinem Federsaal.

Bett 1.	
Oberbett	5.95
Unterbett	5.85
Pfuhl	2.35
Kissen	1.50
komplett 15⁶⁵ M.	

Bett 2.	
Oberbett	10.00
Unterbett	10.50
Pfuhl	4.00
Kissen	2.40
komplett 26⁹⁰ M.	

Bett 3.	
Oberbett	13.75
Unterbett	12.25
Pfuhl	5.15
Kissen	3.00
komplett 34¹⁵ M.	

Bett 4.	
Oberbett	15.40
Unterbett	14.75
Pfuhl	5.50
Kissen	3.35
komplett 39⁰⁰ M.	

Bett 5.	
Oberbett	17.75
Unterbett	16.00
Pfuhl	6.75
Kissen	4.75
komplett 45²⁵ M.	

Bett 6.	
Oberbett	22.00
Unterbett	18.75
Pfuhl	8.50
Kissen	5.50
komplett 54⁷⁵ M.	

Bett 7.	
Oberbett	25.00
Unterbett	21.50
Pfuhl	10.75
Kissen	7.75
komplett 65⁰⁰ M.	

Bett 8.	
Oberbett	28.50
Unterbett	26.50
Pfuhl	12.25
Kissen	9.75
komplett 77⁰⁰ M.	

Rudolph Karstadt.

Graphische Liedertafel

Sonntag, den 25. Februar:

Winterfest

— Konzert, Theater, Ball —
im Konzerthaus Lübeck

: Anfang 6 Uhr :
Vorverkauf 60 Pfg.
an der Kasse 75 Pfg.

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden **Tanzkränzchen.**
Sonntag:

Hansa-Theater

Täglich abends 8 1/2 Uhr.

Gastspiel

Harry Walden

im
Herzog v. Westminster

Vorher:

Das glänzende Variete-Programm.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Große Fremden- und Familien-Vorstellung
zu ermäßigten Preisen.
Auftreten sämtlicher Künstler.

Stadthallentheater.

Sonntag, 25. Februar. 7 1/2 Uhr.

Die Anna-Liese.

Schauspiel von Herrn. Herich.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Rod, Rohlmart 18.

Rheinperle SOLO

Margarine die Elitemarken der Branche ersetzen

Feinste Butter

Höll-Marg- Werke Jürgens & Prinzen G.m.b.H. Boch, Rhld.

Verband der Friseurgehilfen Deutschl.
Zweigverein Lübeck.

Einladung zum Stiftungsfest

bestehend in Ball, verbunden mit Kappenfest

am **Sonntag, dem 25. Februar 1912**
im „Gesellschaftshaus Monopol“, Johannisstraße 25.
Anfang 6 Uhr. Um 10 Uhr Ueberraschung. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., Damen frei. Nach Schluß Kaffeetafel.
Das Komitee.

St.-Gertrud-Schweinegilde.

Einladung z. Kappenfest

am **Sonntag, dem 25. Februar,**
im Lokale „Neu-Bauerhof“.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Würfelspiel (Hauptgewinn 1 Ferkel.)



Eintritt 50 Pfg. Einz. Dame 20 Pfg., wofür Garderobe. Das Komitee.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 25. Febr. Nachm. 3 Uhr.
Bei kleinen Preisen!

Der Rodelzigeuner.

Zum letzten Male!
Operette von Josef Enaga.
Sonntag, 25. Februar. 7 Uhr.
Voll-Ab. 136. Gewöhnl. Preise.
Einmaliges Gastspiel des Königl.
Hofopernsängers
Karl Erb

Lohengrin.

Große Oper von Rich. Wagner.
Montag, 26. Februar. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 137. Montag-Ab. 22.
Gewöhnliche Preise!

Die Wildente.

Schauspiel von Henrik Ibsen.
Dienstag, 27. Februar. 7 1/2 Uhr.
Zum 1. Male! Neu!

Die Rheinixe.

Lustspiel von Geint. Stobiger.

Montag, den 26. Februar 1912,
in sämtlichen Räumen der
Stadthalle:

Große Karnevals- Masken-Redoute

veranstaltet vom

Singchor des Lübecker Stadttheaters,
unter Mitwirkung des Solopersonals des
Schauspiels und der Oper, sowie des
Orchesters des Vereins der Musikreunde.

Im Vorverkauf sind Ballteilnehmer- sowie Zuschauerkarten zu
haben bei **F. W. Kaibel, Otto Borchert u. Emil Blöb,**
Breite Straße, außerdem beim Stadttheater, Kassierer **Wilk. Paul.**
Der Verkauf an der Abendkasse beginnt 8 1/2 Uhr abends.

Der Maskenverleiher **G. Will** ist mit
Dominos und Kostümen anwesend.

Gewerkschaftshaus Lübeck.

Sonntag, den 25. Februar 1912:

Benefiz-Ball

des Bedienungsklubs vom Hause.

Kappenfest sowie große Ueberraschungen.
Anfang 6 Uhr. Eintritt 30 Pfg.
Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Konzerthaus „Flora“.

Jeden
Sonntag: **Tanzkränzchen.**

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Die Reichspartei und die Reichserbschaftsteuer.

Die parteiamtliche „Freikonservative Korrespondenz“ schreibt in einer Besprechung der Reichskanzlerrede zur Erbschaftsteuer:

„Die Erbschaftsteuer als geplantes Deckungsmittel für die Wehrvorlage ließ die Rede des Staatssekretärs Wermuth mit noch mehr Sicherheit, als sich aus den Worten des Reichskanzlers ergab, erkennen. Immerhin erhellt auch aus dieser Rede noch nicht, daß bereits eine endgültige Entscheidung des Bundesrats getroffen sei. Wenn das Zentrum durch seine Redner andeutete, daß es überhaupt keine neue Deckung mehr für nötig halte, weil die vorhandenen Beträge ausreichen, so würde, falls diese Politik im Reichstage die Mehrheit erzielt, wieder jene unglückselige Finanzgebarung ihren Anfang nehmen, die einst und namentlich in den letzten Jahren vor der Reichsfinanzreform zu der so starken Verschlechterung der Reichsfinanzen beigetragen hat. Alle positiv schaffenden Parteien sollten es sich mehr als einmal überlegen, ob sie die Aufgaben der Gegenwart aus Bequemlichkeitsrücksichten auf die Zukunft verschieben wollen. Die außerordentliche politische Erschütterung, welche die durch solche Finanzgebarung schließlich notwendig gewordene Finanzreform im Betrage von mehr als vierhundert Millionen Mark neuer Steuern im Gefolge hatte, sollte jeden Vaterlandsfreund von der Wiederholung solchen gefährlichen Beginns zurückbrechen.“

„Die Neuwahl des Reichspräsidenten, die in der zweiten Märzwoche stattfindet, gibt den Nationalliberalen die erwünschte Gelegenheit, vor aller Welt zu zeigen, daß sie gewillt sind, eine durchaus konsequente Politik zu verfolgen, die in keiner Weise von der mittleren Linie abweicht.“

Was unter der „mittleren Linie“ zu verstehen ist, das geht aus den Eingangssätzen und aus der ausdrücklichen Bezugnahme auf die parteiamtliche Erklärung hervor. Die Lübecker nationalliberalen Blätter täuschen sich darüber nicht im mindesten. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 22. Februar sehen sich veranlaßt, einen energischen Appell an die Nationalliberalen zu richten, sich in der Präsidentschaftsfrage von den Schwarzblauen nicht einwickeln und sich auch durch die Protestkundgebungen aus eigenen Reihen nicht führen zu lassen, sondern sich einfach auf den Boden des Artikels 29 der Verfassung zu stellen, wonach die Mitglieder des Reichstags Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Anweisungen nicht gebunden sind. Das Blatt sagt weiter:

„Die Wahl des Präsidents sollte der Reichstag als eine rein geschäftsmäßige Frage behandeln; es sei für die Nationalliberalen kein Anlaß, sich wegen der Präsidentschaftsfrage aus einer kaltblütigen Wahrung ihrer politischen Position drängen zu lassen. Sie würden, um ein Wort Miquels zu gebrauchen, „die größten Esel“ sein, wenn sie sich von den klerikalen und konservativ-agrarischen Intriganten ihre Einigkeit auseinanderritzen ließen, die sie endlich nach langen Jahren errungen haben. Ohne volle Geschlossenheit könnten die Nationalliberalen nicht damit rechnen, im Falle einer Auflösung, auf die die Reaktion gewaltig hinarbeitet, mit Erfolg den neuen Wahlkampf zu führen. Darum wäre es ein unverzeihlicher Fehler, wenn sich die Nationalliberalen wegen der Bergeslichkeiten und Verwirrungen, die bei den

Verhandlungen über die erstmalige Besetzung des Präsidiums unterlaufen sind, aus ihrer für die Führung einer unabhängigen und selbstbewußten Politik geradezu musterhaften Schlachtfeldstellung herausmanövrieren ließen. So noch mehr, heraus aus der Defensive müßten sie; und einmal dem Agrarierturn und dem Reichskanzler die eigene Macht gezeigt. Die Begehrtheit des Reichskanzlers und die ebenso dummen wie unverdächtigten Treibereien der Rechten würden sehr schnell ein Ende haben, wenn ihnen deutlich klargemacht werde, daß die nationalliberale Fraktion auch einmal in einer entscheidenden Frage der Reichspolitik nein sagen könne, um eine ihres Amtes gewachsene Regierung durchzusetzen und vor allem eine ausländische Behandlung des Jahrzehntlang immer politisch ausgeglichen und gegen Klerikalismus und Konservatismus auch jetzt wieder so schmächtig zurückgekehrten nationalgesinnten Bürgertums zu erzwingen.“

Das sind sehr richtige Anschauungen. Befolgt aber werden sie von der nationalliberalen Reichstagsfraktion nicht. Die Gesellschaft ist schon auf dem direkten Wege ins Lager der Reaktion.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 23. Februar 1912.

13. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Lissca.

Die Bekämpfung des Mädchenhandels.

Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zu dem internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels vom 4. Mai 1910.

Ministerialdirektor Krieger vom Auswärtigen Amt begründet kurz den Entwurf, der nur zwei Paragraphen umfaßt und besagt, daß auch im Deutschen Reich die in dem internationalen Abkommen vom 4. Mai 1910 vorgesehenen strafbaren Handlungen ohne weiteres als unter die strafbaren Handlungen fallend aufgenommen werden, deren wegen die Auslieferung nach den Auslieferungsverträgen des Reichs mit denjenigen Staaten statzfinden hat, für welche die Abrede wirksam ist. Das Abkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels umfaßt die Staaten Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Brasilien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Portugal, Rußland und Schweden.

Göhre (SD.): Zu den beiden Paragraphen des Entwurfs haben meine Freunde keine besonderen Bemerkungen zu machen. Ich möchte aber im Namen meiner Freunde unsere Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß es endlich gelungen ist, diese Konvention zur Bekämpfung des Mädchenhandels überhaupt zustande zu bringen. Es hat zwar etwas lange, etwa 10 Jahre, gedauert, aber es ist anzuerkennen, daß gerade auf diesem Gebiete besondere Schwierigkeiten zu überwinden waren. Es muß auch ausgesprochen werden, daß die private Organisation, insbesondere das deutsche Nationalkomitee gegen den Mädchenhandel, sich große Verdienste für die Aufführung dieses danken und schmerzlichen Gebietes erworben hat. Mit dieser Konvention ist die Basis geschaffen, von der aus eine wirklich erfolgreiche Bekämpfung des Mädchenhandels endlich erreicht werden kann. Der Mädchenhandel ist, wie wir wissen, international organisiert, darum war es eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Schutz- und Abwehrmaßregeln ebenfalls international organisiert sind. Das ist erreicht, und darüber dürfen wir wohl unsere große Freude haben. Es muß aber doch ausgesprochen werden, daß in der

Organisation noch Lücken klaffen, die ausgefüllt werden müssen. Darum möchte ich der deutschen Regierung unseren Wunsch ausdrücken, daß sie auf diese Lücken auch ihrerseits achtet und alles tut, um sie auszufüllen. Als Beispiel will ich nur heranziehen, daß nach dem vorliegenden Abkommen derjenige Mädchenhändler nicht bestraft wird, der unter Zustimmung des verschleppten Mädchens seinen Handel betreibt. Man ging wohl davon aus, daß das unbedingte Verfügungsrecht jedes einzelnen über seine Person gewahrt bleiben müsse. Hier handelt es sich doch aber um moralisch schon minderwertige Personen, denen man das volle Verfügungsrecht über ihre Person nicht mehr zubilligen kann. Der Mädchenhandel in jeder Form muß als eines der schlimmsten Verbrechen so streng wie nur möglich bestraft werden. (Sehr richtig!) Bedenklicher ist noch die Lücke, die die Organisation selbst enthält. Es sind der Konvention angeschlossen 12 europäische Staaten und Brasilien. Die Schweiz, die Türkei und die Balkanstaaten sind nicht beigetreten, nicht einmal Nordamerika, kein mittelamerikanischer Staat und von Südamerika allein Brasilien. Auch die englischen Kolonien gehören nicht zu der Konvention. Nun steht aber fest, daß nach dem Orient, nach der Türkei, nach der Ostafrika und dann nach Nord- und Südamerika eine besonders große und ununterbrochene Ausfuhr von Mädchen aus Europa sich vollzieht. Darum muß es eine Ehrenpflicht unserer Regierung sein, alles daran zu setzen, um auch die noch nicht beigetretenen Staaten zum Beitritt zu der Konvention zu bewegen, damit der Ring lückenlos geschlossen ist und das raffinierte Gesindel der Mädchenhändler nicht mehr entkommen kann. (Beifall.) An alternativen wirden erhebt mir aber, daß die bereits in der Konvention zusammengeschlossenen Staaten sich darüber einig werden, daß die Verbote in ihrem Bereich ganz abgeschafft werden. Sowohl jene, in denen noch die mittelalterlich grausamen Zustände bestehen, als auch jene modernen, wie sie bei uns zwar nicht in politisch-technischer Sinne, aber doch tatsächlich noch vorhanden sind. Am wirksamsten bekämpft man die Mädchenhändler dadurch, daß man ihnen die Abgabegüter für ihre Ware nimmt, und das sind eben die Mädchen. (Sehr richtig.) Zu dem Schlussprotokoll der Konvention wird beigefügt, daß jeder die Fälle, in denen Frauen und Mädchen gegen ihren Willen in einem öffentlichen Hause zurückgehalten werden, nicht in dem Abkommen Aufnahme finden konnten, weil diese Frage ausschließlich unter die innere Gesetzgebung fällt. Nachdem jetzt die erste Etappe erreicht ist, wird es die Pflicht der Regierungen aller wirklich zivilisierten Staaten sein, die Regelung auch dieser Frage in Angriff zu nehmen. Die Verbote in jeder Form müßten abgeschafft werden. Wenn auch in Deutschland keine Mädchen gegen ihren Willen zurückgehalten werden, so ist aus den deutschen Verordnungen doch immerhin ein Tauschhandel möglich, der ebenso beklagenswert und gemein ist. (Sehr richtig.) Darum möchte ich die deutsche Regierung eruchen, jetzt die Initiative zu ergreifen, um auch in der Vordrücke eine Klärung herbeizuführen. Die Ursachen des Mädchenhandels und der gesamten Prostitution lassen sich freilich durch eine solche internationale Konvention nicht beseitigen. Diese Ursachen sind Verarmung, Unerschaffenheit, vor allem aber wirtschaftliche Not und Mangel an geistiger und körperlicher Ausbildung. (Sehr richtig! b. d. Sz.) Der Leichtsinns spielt dabei eine verhältnismäßig geringe Rolle, größer ist schon die Zahl derjenigen Mädchen, die sich aus Unerschaffenheit verschleppen lassen, hier müßte eine großzügige Aufklärungsarbeit einleiten. Die größte Zahl der verschleppten Mädchen hat sich aber nachweislich aus Gründen der wirtschaftlichen und geistigen Not auf diesen Weg begeben. Die größte Zahl rekrutiert sich aus Kreisen, die den niedrigen Arbeitslohn und die schlechtesten Lebensverhältnisse haben. (Sehr wahr! bei den Sz.) Arme Heimarbeiterinnen, arbeitslose Mädchen, Mädchen aus ländlichen Kreisen, wo der Lebenserwerb nur in beschränktem Maße möglich ist und auch Dienstmädchen, die

Familie Schüler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(28. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Die Französin ritt ebenso sicher wie elegant. Jeder Abschnitt ihrer Nummer erregte tausenden Beifall, der am Schluß, während die Benefiziantin aus der Manege sprang, einen orkanartigen Charakter annahm. Als die Schulleiterin nach wenigen Sekunden wieder erschien, begrüßte sie ein himmlisches Bravo, das sie veranlaßte, sich freundlich nach allen Seiten, den spiegelblanken Put in der Hand, zu verneigen. Als sie den Put wieder aufgesetzt hatte, schwang sie, sich zu einer Zugabe entschließend, die zierliche Reitgerte.

Emil Brinkmann hätte beinahe einen Schrei ausgestoßen. Jetzt hob die Reiterin ihre Reitpeitsche abermals und machte damit eine grüßende Bewegung nach der Loge hinauf, in der Assessor Richard mit seinen Freunden saß. Emil Brinkmann glaubte, es genau gesehen zu haben, und er sah auch, daß in diesem Moment ein selbstgefälliges, zufriedenes Lächeln auf dem dünnhäutigen, hochmütigen Gesicht des Assessors erschien.

Er erkannte sofort das zierliche Lederwerk mit dem goldbeschlagenen Griff, dessenwegen Assessor Richard tags zuvor dem Juwelier ärgerliche Vorhaltungen gemacht hatte. Unwillkürlich griff er nach dem großen Opernglas in Gretens Hand.

„Bitte, einen Augenblick!“ sagte er hastig und führte das Glas mit rascher Hand vor sein Gesicht.

Das junge Mädchen staunte und lächelte über den Eifer ihres Bruders.

„Gefällt sie Dir?“ fragte sie neckend.

„Wer? Die Peitsche?“

Das junge Mädchen begrüßte den vermeintlichen Scherz ihres Bruders mit einem leisen Aufschauen. Darauf griff sie wieder nach dem Opernglas.

„Du hast recht“, sagte sie nach einer Weile mit aufrechter Bewunderung. „Die Reitgerte ist reizend und scheint sehr kostbar. Da — am Ende ist das nicht ein Rubin?“

„Ich glaube.“

Grete Brinkmann schaute noch immer angestrengt und interessiert.

Und weiter unten — wahrhaftig, das sind Opale.“

Sie setzte das Glas ab und sah ihren Bruder fragend an.

„Ich habe sie vorhin gar nicht bemerkt — die Peitsche.“

„Ich auch nicht.“
„Sie muß ihr eben erst, als sie aus der Manege tritt, überreicht worden sein.“ — eine tiebliche Note und ein halb verlegenes, halb interessiertes Lächeln flog über das Gesicht des jungen Mädchens — „vielleicht im Auftrag eines Verehrers.“

Grete Brinkmann achtete nicht auf das bittere Zucken in dem Gesicht ihres Bruders und die besondere Betonung, mit der er das kleine Wörtchen aussprach. Die Vorstellung nahm wieder ihr volles Interesse in Anspruch. Emil Brinkmann aber starrte mit finstern gerunzelten Brauen in die Manege. Seine Gedanken weilen weit ab von den Vorgängen, die sich vor seinen zerstreuten, nachdenklichen Blicken abspielten. Auch während der Nacht, die er fast schlaflos verbrachte, beschäftigte ihn angelegentlich die Frage, wie er sich nun verhalten sollte. Ein Zufall hatte ihm ein Geheimnis aus dem Leben Assessor Richards enthüllt, das Gretens Frieden und Glück bedrohte. Die Generosität, die der Lebemann mit seinem Geschenk der Kunstreiterin gegenüber an den Tag gelegt, konnte zu tieferen Folgen führen, als diese der Reiterin der schönen Französin dargebrachte Guldigung ahnen ließ. Sollte er von der drohenden Gefahr Gretens Vater Kenntnis geben? Aber was würde die Folge sein? Sicherlich würde der streng denkende alte Herr mit seinem Schwiegersohn eine sehr ernste Auseinandersetzung haben und seine Tochter wieder in sein Haus zurücknehmen wollen.

Der schlaflose Mann richtete sich in seinem Bett auf, und das Herz klopfte ihm unter einer ungestümen freudigen Empfindung. Aber schon im nächsten Augenblick sank er mit einem Seufzer in die Kissen zurück. Würde nicht mit der Trennung Gretens Glück für immer dahin sein? Hatte sie nicht Grete in einer intimen Aussprache gestanden, daß sie noch immer trotz aller Enttäuschungen ihrer Ehe mit unveränderter Liebe an ihrem Mann hing? Sollten die selbstlichen Wünsche seines Herzens für ihn maßgebend sein und nicht vielmehr die Ruhe und der Frieden und das Glück der armen, schwergeprüften, jungen Frau? Und was würde es ihm schließlich nützen, wenn sie enttäuscht, gebrochen in ihr Vaterhaus zurückkehrte, um ihr Leben kummervoll, in freudloser Zurückgezogenheit hinzubringen?

Am andern Morgen fühlte sich Emil Brinkmann zwar ein wenig müde und abgepannt, aber er ging in seiner bestimmten, energievollen Weise ohne Zögern und Zagen an die Ausführung des Entschlusses, den er in der Nacht in schwerem seelischen Ringen gefaßt hatte. Es war eben erst neun Uhr vorüber, als er sich bei dem Regierungsassessor melden ließ. Herr Richard saß eben beim Kaffee und blickte

nicht gerade angenehm erstaunt auf. Sein erster Gedanke war, dem Mädchen anzutragen, daß er so früh nicht zu sprechen sei, aber eine leise beunruhigende Ahnung hielt ihn ab, diesem Antrieb zu folgen.

„Führen Sie den Herrn in mein Arbeitszimmer, ich komme gleich.“ beschied er.

Als er fünf Minuten später dem unerwarteten Besucher gegenübertrat, nahm er eine unbeelegte, kühle, ja hochmütige Miene an, und die nachlässige Handbewegung, mit der er auf einen Stuhl deutete, hatte nichts freundlich Einladendes.

Herr Brinkmann nahm mit der sicheren Haltung eines Mannes, der weiß, was er will, und der sich der Rechtmäßigkeit seiner Handlungsweise auch bewußt ist, Platz. Aber schon bei seinen ersten Worten klang der Assessor brüskt auf und unterbrach ihn mit einschüchternder Schroffheit:

„Ich muß aber doch sehr bitten. Was soll das heißen? Wie kommen Sie dazu, sich in meine Angelegenheiten zu mischen?“

Sein Auftreten verfehlte aber die beabsichtigte Wirkung vollständig. Mit vollkommener Ruhe erhob sich darauf der Prokurist und ein tröstliches, geringschätziges Lächeln umschwebte seine Mundwinkel, während er erwiderte:

„Ja, glauben Sie, daß mir das etwa Vergnügen macht? Ganz im Gegenteil! Wenn ich lediglich meine Empfindungen und Wünsche hätte berücksichtigen wollen, so hätte ich mich begnügt, Herrn Schüler von dem, was ich zufällig erfahren habe, Mitteilung zu machen. Sie haben recht: ich kann Sie nicht zwingen, mich anzuhören. Ich werde also Ihrem Schwiegervater überlassen, sich mit Ihnen auseinanderzusetzen.“

Er machte eine kurze Verbeugung und tat ein paar Schritte nach der Tür. Aber da erklang der verlegene, heftige Ruf:

„Herr — Herr Brinkmann!“

Und als sich der Zurückgerufene wieder nach dem Assessor umgedreht hatte, stieß dieser aufgeregt, halb ärgerlich, halb kleinlaut hervor:

„Was wollen Sie also? Was wünschen Sie eigentlich von mir?“

„Ich bin gekommen“, erwiderte der Prokurist, und sah seinem Gegenüber ernst, drohend in die Augen, „um zu versuchen, der Tochter meines Prinzipals ihre Ruhe und ihren innern Frieden zu erhalten.“

(Fortsetzung folgt.)

oft schon bei ihrer Herrschaft dafür präpariert werden, (Sehr richtig! bei den Soz.) sie stellen das größte Kontingent der Opfer des Mädchenhandels. Hier ist deutlich klar der Zusammenhang, der zwischen dem Mädchenhandel wie der gesamten Prostitution und der heutigen Gesellschaftsordnung besteht. Gerade meine Partei ist es hier in Deutschland, wie in allen Ländern, die mit allem Ernst dem Ziel einer durchgreifenden sozialen und Schulpolitik unentwegt nachgeht, die allein gegen diese Ursachen, diese wirtschaftliche und geistliche Not wirksam vorgehen kann. In dem meine Partei das tut, und international vorankämpft diese Arbeit leistet, liefert auch sie einen, nach meiner Meinung, sehr ersten und beträchtlichen Beitrag zur Bekämpfung des Mädchenhandels. (Lebhafte Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Dr. Pfeiffer (Z.): Meine Freunde stimmen der Vorlage zu; bei dem Umfang, welchen der Mädchenhandel angenommen hat, ist nur eine internationale Bekämpfung möglich. Hoffentlich gelingt es auch, die Vereinigten Staaten sowie die südamerikanischen Staaten zum Beitritt zur Konvention zu bewegen.

Graf Kanitz (R.): Vor 15 Jahren nahm der Reichstag einstimmig einen Antrag Kanitz-Bebel an, wonach mit Nichtausweis bis zu 5 Jahren bestraft wird, wer eine Frauensperson zum Zwecke der Unzucht arglistig zur Auswanderung bestimmt. Hoffentlich ist auch heute der Reichstag in der Annahme des Entwurfs einig. Leider sind an der Konvention nur die Exportländer, nicht die Importländer, mit Ausnahme Brasiliens, beteiligt; es muß versucht werden, auch diese zum Beitritt zu gewinnen. — Eltern, Vormünder, Lehrer und Geistliche sollten die Mädchen auf dem Lande darüber aufklären, daß sie bei der Auswanderung nach den Großstädten keineswegs das Fortkommen finden, welches sie suchen. (Sehr richtig! rechts.)

Meyer-Verford (Mat.) dankt der Regierung für den Entwurf und wünscht schärftes Vorgehen gegen die Mädchenhändler. Sehr viel zur Aufklärung der Mädchen und ihrer Eltern und Vormünder könne die Presse tun.

Dr. Müller-Weinigen (Wt.) stimmt ebenfalls dem Entwurf zu und bedauert, wie Böhrer, daß die Konvention den Fall nicht umfasse, daß eine Frau gegen ihren Willen in einem öffentlichen Hause zurückgehalten wird. Zur Aufklärung ist vor allem nötig eine gute Soziale, Kultur- und Schulpolitik. (Bravo! links.)

Dombeck (Wol.) drückt die Zustimmung seiner Freunde zu dem Gesetz aus und wünscht die Anstellung von Beamtinnen, die der polnischen und russischen Sprache mächtig sind, in den Grenzstationen, um die ankommenden Mädchen aufzuklären. Die Töchter der polnisch sprechenden Bevölkerung erfahren leider in der Schule keine genügende Aufklärung, da sie ja nicht einmal in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. (Sehr richtig! b. d. Polen.)

Dr. Werner (Wg.) erklärte sich mit dem Entwurf einverstanden und wendet sich gegen die sozialdemokratische Forderung einer religionslosen Schule; die Religion könne im Kampfe gegen den Mädchenhandel nicht entbehrt werden.

Ministerialdirektor Krieger. Die Regierung wird bemüht sein, noch weitere Staaten zum Beitritt zu dem internationalen Abkommen zu bewegen, und sie wird sich auch in der Richtung einer materiellen Erweiterung des Abkommens bemühen. Unsere Konsulvertreter sind angewiesen, die eintreffenden Schiffe und öffentlichen Häuser zu kontrollieren und keine Kosten zu scheuen, um die Opfer des schmachvollen Mädchenhandels zu befreien und in die Heimat zurückzubringen. (Bravo!)

Hiermit schließt die Beratung. Es wird sofort in die zweite Beratung eingetreten und in dieser der Entwurf debattiert angenommen.

Ebenfalls debattiert wird in 1. und 2. Beratung die Verlängerung des Handelsvertrages mit der Türkei angenommen.

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

Staatssekretär Delbrück begründet den Entwurf, der eine Ergänzung des alten Gesetzes vorsieht; vor allem ist die Bestimmung beabsichtigt, daß ein Deutscher, der 10 Jahre lang ununterbrochen im Auslande sich aufhält, seine Reichs- oder Staatszugehörigkeit verliert. Redner empfiehlt den Entwurf wohlwollender Prüfung.

Dr. Liebknecht (S.D.): Der Grundgedanke des Gesetzes ist, den Verlust der Staatsangehörigkeit bei 10-jähriger Abwesenheit nicht mehr eintreten zu lassen, und wenn er eingetreten ist, den Wiedererwerb zu erleichtern. Die erste Bestimmung findet unsere Sympathie, die zweite aber ist unzureichend. Das Recht auf Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit soll nur bestehen, insofern der Betreffende nicht einem anderen Staate angehört. Ein Deutscher also, der Bürger im Auslande geworden ist, müßte die Staatsangehörigkeit dort erst aufgeben, ehe er an unsere Behörden mit dem Antrag auf Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit herantreten kann. Das können wir doch nicht verlangen. Auch der gute Grundgedanke des § 7 hat eine bedenkliche Fassung erhalten. Witwen, die die Staatsangehörigkeit durch Heirat verloren haben, sollen das Recht auf ihren Wiedererwerb haben, aber hinzugefügt ist hier die Bestimmung des unbescholtenen Lebenswandels. Ich kenne einen Fall, in welchem eine Deutsche einen englischen Zahnarzt geheiratet hatte; sie lebte getrennt von ihrem Manne in Deutschland bei ihren Angehörigen. Von der Polizei wurde ihr mündlich mitgeteilt, es bestehe der Verdacht, sie sei nicht unbescholten. Alle meine Verjüde, eine schriftliche Vorlegung von der Polizei zu erreichen, scheiterten an der rücksichtslosen Beharrlichkeit des Polizeipräsidenten, diese Deutsche, die nicht einmal englisch verstand, wurde als lästige Ausländerin ausgewiesen. (Hört, hört! bei den Soz.) Wahrscheinlich hatte sie auch nicht die englische Staatsangehörigkeit, aber ohne Mitleid wurde sie aus ihrem Vaterlande gejagt, völlig mittellos; wenn sie noch nicht moralisch gesunken war, so war dies der beste Weg, sie in die moralische Verwilderung zu treiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dazu kommt, daß wir speziell der preussischen Polizei auch nicht das Schwarze unter dem Nagel an Vertrauen entgegenbringen, hat sie doch schon gegen sozialdemokratische Redakteure den Vagabundenparagrafen zur Anwendung gebracht. Weiter haben wir in Deutschland gegenwärtig eine Menge von Menschen, die niemals den Fuß aus Deutschland gesetzt und doch ihr Staatsbürgerrecht verloren haben. So zog z. B. in Wilhelmshagen jemand, der nach einer anderen Straße zog, aus Hannover heraus, und verlor nach 5 Jahren sein hannoversches Staatsbürgerrecht, ohne ein anderes zu erwerben. Diesen Leuten und anderen, die auf Grund ähnlicher Bestimmungen gegenwärtig keine Staatsangehörigkeit besitzen, sollte der Erwerb derselben erleichtert werden. Ein anderer Fall ist folgender: im Jahre 1893 bewirkte jemand das Entlassen aus dem deutschen Staatsverband, weil er nach Amerika überziehen wollte. Er fand aber dort die Verhältnisse nicht so, wie er geglaubt hatte und kehrte schon nach 3-4 Monaten nach seiner Heimat zurück. In den letzten verfloßenen, beinahe 20 Jahren sind alle Versuche, die er zum Wiedererwerb der Staatsangehörigkeit machte, an dem Widerstand der Behörden gescheitert. (Hört, hört! b. d. Soz.) In dieser Richtung müßte der § 19 des Entwurfs erweitert werden, der in ganz verhängnisvoller Weise be-

stimmt, daß eine Entlassung aus der Staatszugehörigkeit als nicht geschehen zu betrachten ist, wenn der Betreffende sich 6 Monate später noch immer in Deutschland aufhält. Wir müssen überhaupt das Prinzip durchführen, daß die Staatsangehörigkeit leichter erworben, als verloren werden kann, während sie nach dem Entwurf in mancher Beziehung leichter verloren als gewonnen wird. Der Staatssekretär meinte, durch die Entziehung der Wehrpflicht mache sich jemand unwürdig des Schutzes, den ein Deutscher im Ausland genießt. Wird denn dieser Schutz den Angehörigen aller Stände und aller politischen Richtungen in gleicher Weise gewährt? Unsere Arbeiter im Ausland dürfen längst nicht auf solchen Schutz der Behörden rechnen, wie Angehörige der kapitalistischen Klassen, und speziell Sozialdemokraten genießen im Ausland keineswegs denselben Schutz, wie politisch stundenreine Leute. Die Heereskraft kann man doch auch nicht ohne weiteres als einen Akt der Feindschaft gegen Deutschland bezeichnen, es kann sehr wohl ein Akt der Verzweiflung gegenüber unserm militärischen System sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Erleichtert muß auch werden der erstmalige Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Gegenwärtig gehört eine Naturalisation zu den Dingen, die wir Anwälte, abgesehen von ganz besonderen Ausnahmefällen, als absolut unerschwinglich bezeichnen. Armenrechtliche und fiskalische Gesichtspunkte, Gesichtspunkte der Verscholtenheit und ähnliche werden in den Vordergrund gestellt. Für einen Arbeiter überhaupt für jemand, der nicht wohlhabend ist und über gute Konnexionen verfügt, ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit so schwierig, daß einzelne Ausnahmefälle nur die Regel bestätigen. Bei einem Arbeiter überhaupt werden keine Gründe angegeben. Man braucht doch ausländische Arbeiter und zieht sie künstlich nach Deutschland hinein. Sind sie gut genug, in Deutschland ausgebeutet zu werden, so sollten sie auch gut genug sein, naturalisiert zu werden. Es ist eine gewisse moralische Pervertierung, das nicht anzuerkennen. (Zustimmung b. d. Soz. Widerpr. rechts.) Der ausländische Arbeiter ist speziell in Preußen ohne jede gesetzliche Garantie der Willkür der Polizei preisgegeben. (Wg. Erzberger (Z.): Warum kommen Sie denn? Werden Sie denn nicht geholt, braucht Sie denn nicht die Industrie und Landwirtschaft. Ich appelliere da an den Grafen Bismarck, der gerade auf diese Heranziehung ausländischer Arbeiter nach Deutschland hingewiesen hat. Hier werden sie als Delikten behandelt. (Lebh. Widerspruch rechts.) Davon verstehen Sie ja gar nichts, fragen Sie doch einmal den Berliner Polizeipräsidenten und den Minister von Dallwitz danach; auch das Kammergericht erkennt an, daß alle unsere Garantien zum Schutz der persönlichen Freiheit für den Ausländer nicht vorhanden sind. (Widerspruch rechts.) Die Polizei nimmt sich das Recht heraus, Ausländer nach Belieben zu inhaftieren. Durchsuchungen und Verhaftungen vorzunehmen, ohne die Garantien einzuhalten, die bei strafbaren Handlungen gegeben sind. Das geht so weit, daß wir Ausländern, die in die Hände der Polizei geraten sind, den Rat geben, irgend eine strafbare kleine Handlung zu begehen, weil sie dann in die Hände des Staatsanwalts und in den Schutz der gesetzlichen Garantien kommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Durch den Arbeiterlegitimationszwang ist noch eine ganz besondere Forderung für ausländische Arbeiter bei uns geschaffen. Das gehört zu den traurigsten Kapiteln der deutschen Politik. (Lachen rechts.) Ein Goldarbeiter, der 10 Jahre lang seinen Beruf ausgeübt hat, bekam den Befehl, sich als Landarbeiter zu melden, widrigenfalls er ausgewiesen würde. Bei solchen Fällen vergeht einem die Neigung zum Scherzen, und man lachen kann, zeigt nur seine moralische Minderwertigkeit. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Arbeitern gewährt man die Naturalisation nicht, weil man vermutet, sie sind Sozialdemokraten, und davon haben wir schon genug in Deutschland. (Weiterkeit und Sehr richtig! rechts.) Aber nur gewerkschaftlich Organisierten wird die Aufnahme in den deutschen Staatsverband verlangt und ganz grundsätzlich verweigert man sie russischen Staatsangehörigen. In einem Fall freilich wurde ein Russe aufgenommen. Er hatte als Ausländer der deutschen Polizei Spitzel- und Denunziantendienst geleistet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Ausgehaltene der Polizei war würdig, Deutscher zu werden, auf diesen Cris Germands (deutschen Bürger) mag die Reichsregierung stolz sein. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch das bisherige Gesetz ist garnicht so schlecht; schlecht wird es erst durch die Anwendung. Deshalb gilt es, die Willkürbefugnis der Polizeibehörde nach Möglichkeit auszuschalten. Auch müßten unabhängige richterliche Instanzen an Stelle der Verwaltungsbehörden über die Verfolgung eines Naturalisationsgesuches entscheiden. Daß die Militärbehörde mitzumitlen berechtigt ist, wenn es sich um einen fahnenflüchtigen handelt, ist nicht zu billigen, es bedeutet das eine Kapitulation der Zivil- vor der Militärbehörde. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Bestimmung, daß der Bundesrat einer Aufnahme in einem Bundesstaate zustimmen muß, scheint ja eine Stärkung des Reichsgedankens zu sein. In Preußen ist man wohl geneigt einer Reichslostergemeinschaft, dagegen verweigert man sich gegen eine Reichslostergemeinschaft und vor allem gegen eine Reichsgemeinschaft für das Wahlrecht. Auch hier bedeutet die Bestimmung nur eine Verpreugung des Sittens; Preußen will eben die Einfallepforte für Ausländer in Süddeutschland schließen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Entwurf wird also in der Kommission — ich beantrage eine solche von 28 Mitgliedern — sehr gründlich umgearbeitet sein. Hoffentlich geschieht es in einer Weise, die uns die Zustimmung ermöglicht. (Lebhafte Bravo bei den Soz.)

Dr. Spahn (Ztr.) erklärt sich mit den grundsätzlichen Bestimmungen der Vorlage einverstanden, doch sei es bedenklich, die Staatsangehörigkeit in mehreren Bundesstaaten nicht zuzulassen. Doch werde es am besten sein, auf Einzelheiten in der Kommission einzugehen.

Dr. Giese (R.) stimmt der Vorlage in allen Teilen zu und erklärt sich mit der Kommissionsberatung einverstanden.

Veit-Heidelberg (W.) tritt gleichfalls für die Vorlage ein, äußert aber Bedenken dagegen, daß die gleichzeitige Staatsangehörigkeit in mehreren Bundesstaaten befristet werden soll.

Waldstein (Wp.) stimmt dem Grundgedanken des Entwurfs zu, der eine alte liberale Forderung verwirklicht. Gegen die Befristung der mehrfachen Staatsangehörigkeit hätten seine Freunde die schwersten Bedenken. Der Redner wendet sich nachdrücklich dagegen, daß bei der Aufnahme von Ausländern in einen Bundesstaat der Bundesrat mitzusprechen habe. Das würde die Ausdehnung der preussischen Praxis auf das ganze deutsche Reich bedeuten, gleichzeitig aber auch die Hoheit der einzelnen Bundesstaaten verletzen und den föderativen Charakter des Reiches erschüttern. Weiter wendet sich der Redner dagegen, daß bei der Musterung die Auslösung aufgehoben werden soll. Das würde das Musterungsgeschäft ganz der Willkür der Behörde ausliefern und berechtigtes Mißtrauen erregen. Dem Abg. Dr. Liebknecht gegenüber meint Redner, daß der Anspruch der Ausländer auf den Erwerb der Staatsangehörigkeit nach einer bestimmten Frist leicht dazu führen könnte, daß die Betreffenden vorher von der Polizei ausgewiesen würden.

Darauf wird ein Verlagsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 27. Februar, nachmittags 1 Uhr. (Antrag Albrecht [S.D.] und Genossen auf Aufhebung des Disziplinarverfahrens gegen den Abg. Dr. Liebknecht. — Zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern.)

Oldenburger Landtag.

h. Am Donnerstag fand nach längerer Pause wieder eine Plenarsitzung statt, in welcher u. a. zwei Fragen von allgemeiner Bedeutung entschieden wurden.

Einmal handelt es sich um die Frage, sollen die Genossenschaften steuerfrei werden, oder den landwirtschaftlichen Genossenschaften Erleichterungen in steuerlicher Beziehung zugute kommen, die man den Konsumvereinen nicht gewähren will. Schon mehrfach hat man sich mit dieser Frage beschäftigt. Abg. Feldhus hatte von neuem den Antrag auf Steuererleichterung der landwirtschaftlichen Genossenschaften gestellt; das Ergebnis der Beratung im Finanzausschuß war nunmehr ein Antrag des Ausschusses an das Plenum, die Besteuerung der Genossenschaften aus dem Einkommensteuergesetz zu streichen. Ein Minderheitsantrag des Ausschusses will die Besteuerung der Genossenschaften bestehen lassen, jedoch folgende einschränkende Bestimmung einfügen: „In den Gewinnanteilen der eingetragenen Genossenschaften gehört jedoch nicht, was die einzelnen Genossen infolge ihrer Zugehörigkeit zur Genossenschaft an Betriebsleistungen, Erparnissen oder Vorteilen irgend welcher Art in ihrem eigenen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb erlangen.“

Der hier gesperrte Zusatz besagt, daß die Erparnisse der Genossenschaften dann nicht zur Steuer herangezogen werden sollen, wenn die Genossen die Erparnisse in ihrem „gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb“ erlangen. Dieser Zusatz kommt also nur den gewerblichen oder landwirtschaftlichen Genossenschaften zugute. Für den Fall der Annahme dieses Antrages wurde zur zweiten Lesung ein Antrag in Aussicht gestellt, auch die „hauswirtschaftlichen“ Erparnisse der Genossenschaften steuerfrei zu lassen, sobald bei Annahme dieses Antrages die Erparnisse (Minderleistungen) der Konsumvereine nicht der Besteuerung unterliegen.

Eine lange Debatte entspann sich um die Anträge. Während die Redner der Sozialdemokratie, die Abg. Hug und Heitmann volle Steuerfreiheit für die Genossenschaften verlangen, waren die Liberalen gespalten. Ein Teil betrieb mit dem Zentrum und einem Teil der Agrarier Mittelstandspolitik und wollte die steuerlichen Erleichterungen nur den landwirtschaftlichen Genossenschaften zugute kommen lassen, während der andere Teil der Liberalen mit den Sozialdemokraten gingen beziehungsweise gleichmäßige Behandlung aller Genossenschaften wollte. Die Forderung auf Steuerfreiheit der Genossenschaften vertrat auch ein Teil der Agrarier, der einfach, daß die steuerliche Erleichterung der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht zu erreichen ist, ohne die Vergünstigung auch den Konsumgenossenschaften zu gewähren. So boten die bürgerlichen Parteien ein Bild der Verfahrenheit, denn auch im Zentrum befand sich ein Gegner der Besteuerung.

Die Stellung der Regierung ist nicht klar zum Ausdruck gekommen in dieser Frage. Auf die Provokation, sich zu äußern, erklärte der Staatsminister sehr diplomatisch: „Staatsrechtlich ist es nicht von Bedeutung, wie ich persönlich zu der Frage stehe. Die Regierung nimmt erst Stellung bei Initiativanträgen, wenn die Beschlüsse des Landtags vorliegen. Als Minister habe ich kein Bedenken, für die Interessen von Handel und Gewerbe einzutreten.“ Im Ausschuß erklärte der Regierungsvertreter, bei der Novelle zum Einkommensteuergesetz 1913 wird vielleicht die Frage berückichtigt werden.

Das Ergebnis der Abstimmung ist nun, daß der Beschluß auf Steuerfreiheit der Genossenschaften mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die Regierung hat nun das Wort.

Der zweite Punkt von Bedeutung war die Stellungnahme des Landtags zum Frauenwahlrecht.

Es war eine Petition von bürgerlichen Frauenvereinen eingegangen, den erwerbstätigen steuerzahlenden Frauen das Wahlrecht zur Gemeindevahl zu geben. Die Vertreter der Sozialdemokratie verlangten darüber hinaus für alle Frauen das Wahlrecht. Ein Teil der Liberalen wollte das passive Wahlrecht den Frauen gewähren, d. h. es soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß Frauen in kommunale Ämter als Armenpfleger, Waisenaufseher usw. gewählt werden können, ein anderer Teil der Liberalen trat auch für das aktive Wahlrecht ein, während das Zentrum und fast alle Agrarier Gegner des Wahlrechts „zurzeit“ sind. Aber auch unter den Liberalen gab es solche, die nichts vom Frauenwahlrecht wissen wollen.

Die Regierung sprach sich für das passive Frauenwahlrecht aus, und sagt zu, diese Frage bei Revision der Gemeindeordnung zu berücksichtigen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, die Petition der Regierung als Material für die Revision der Gemeindeordnung zu überweisen, mit 23 gegen 15 Stimmen angenommen.

Die übrigen Tagesordnungspunkte haben untergeordnete Bedeutung. Der Landtag wurde bis zum 8. März verlängert. — Die Regierung zog die Vorlage 81 betr. die Teuerungszulage an die Beamten wieder zurück, nachdem der Besoldungsausschuß die Vorlage abgelehnt hat. Dagegen will der Ausschuß die Gehälter der Arbeiter und diätarisch Angestellten aufbessern, entsprechend einem Beschluß des Landtags vom Dezember v. J., welchen Beschluß die Regierung aufgegriffen hat, um die Teuerungszulage für die Beamten mit abgestuften Sätzen von 100-350 Mk. einzubringen, in der Weise, daß die kleinen Zulagen die kleinen Gehälter, die großen Zulagen die höheren Gehälter erhalten. Die Regierung erklärt im Ausschuß, beide Anträge, der des Landtags und die Vorlage der Regierung bilden ein untrennbares Ganze. Ob die Regierung auf ihrem Standpunkt beharren wird?

Keine Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter und der diätarisch Angestellten, ohne Gehaltserhöhung der Beamten, das ist die Antwort der Regierung auf die Ablehnung der Beamten-Gehaltsvorlage durch den Besoldungsausschuß. Dieser wollte entsprechend dem Landtagsbeschluß für das Personal aus Eisenbahnmitteln bis zu 265 000 Mk. und für die Fürstentümer entsprechende Mittel für Löhne der Arbeiter und Diätäre bewilligen. Die Regierung stellt in Aussicht, falls eine Klärung der Finanzverhältnisse erfolgt, im Herbst dieses Jahres auf den Gegenstand zurück zu kommen und für die Angestellten, für welche die zurückgezogene Beamten-Gehaltsvorlage gelten sollte, die Nachzahlung der entsprechenden Beträge vorzuschlagen. Die Plenarsitzung selbst bot wenig von allgemeinem Interesse. Für das Fürstentum Lübeck ist erwähnenswert die 2. Lesung der Änderung der Gemeindeord-

nung, wobei der Antrag, den Lehrern das passive Wahlrecht nicht zu geben, sehr angenommen wurde, im Gegensatz zur ersten Lesung.
Für das Fürstentum Birkenfeld erfolgte die 2. Lesung des Gesetzes über die Untersuchung der Schulkinder, wobei die verschiedenen Anträge, welche eine Abschwächung der fortlaufenden Untersuchung aller Schulkinder bezweckt, abgelehnt wurden.
Ein Vorstoß der Agrarier, die Notwendigkeit der schärfsten Grenzschutzmaßnahmen bei Einführung von ausländischem Vieh zu demonstrieren, fiel glatt unter den Tisch, indem der Antrag, daß die Regierung Maßnahmen gegen Einschleppung der Viehsuche beim Reichskanzler beantragen solle, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt wurde.

Gewerkschaftsbewegung.

Paul Horn tot. Der Bergarbeiterverband hat einen schweren Verlust erlitten; am Freitag, dem 23. Februar, verschied nach kurzem aber schwerem Krankenlager der Hauptkassierer des Bergarbeiterverbandes, Gen. Paul Horn. Ein schweres Nervensleiden, verbunden mit einem Nervenschlag, machte seinem Leben nach vierwöchigem Krankenlager ein Ende. Bei der Reichstagswahl wirkte er, wenn auch schon an Kräften gebrochen, noch fleißig mit. — Paul Horn wurde am 22. August 1858 in Scheibitz bei Zwickau geboren. Fröhlich und muntere er sich der modernen Arbeiterbewegung. Am 1. August 1890 trat er dem 1876 gegründeten Bergarbeiterverband bei. 1884 wurde er Mitglied des Verbandsvorstandes, 1889 beteiligte er sich an dem großen Streik und wurde gewählter. 1899 sandte ihn der Bergbaubezirk Zwickau in den sächsischen Landtag, dem er bis 1899 angehörte. Infolge der von den Konservativen und Nationalliberalen vorgenommenen Wahlrechtsverschlechterung konnte Horn nicht wiedergewählt werden. 1892 wurde er im sächsischen Bergarbeiterverband zum Hauptkassierer gewählt, welchen Posten er bis zur politischen Auflösung 1896 bekleidete. Dann widmete er sich dem Konsumvereinswesen. 1903 wurde er auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in den Verbandsvorstand gewählt. Diesen Posten bekleidete er, bis die tödliche Krankheit ihn an das Bett seßelte. — Nach dem Streik 1889 mußte er ein volles Jahr hinter Gefängnismauern zubringen; er hatte einen Vergat beleidigt. So hat Paul Horn auch die „Freuden“ des Bergarbeiteragitatoren gelernt. Nach 23jähriger Tätigkeit im Dienste der Arbeiterklasse ist Paul Horn, erst 53 Jahre alt, gestorben. Seine Kameraden und Genossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zur Lohnbewegung der ober-sächsischen Bergarbeiter. In einer Konferenz von Vertretern der Bergarbeiterorganisationen wurden nochmals die Arbeitsverhältnisse der ober-sächsischen Bergarbeiter besprochen und nach längerer Beratung wurde der Beschluß gefaßt, an den ober-sächsischen Berg- und Hüttenmännischen Verein als Vertretung der ober-sächsischen Bergwerksbesitzer sofort eine Eingabe einzureichen, in der eine Erhöhung des Arbeitsverdienstes um 15 Proz. gefordert wird. Diese Forderung ist von Vertretern folgender Organisationen unterzeichnet worden: Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Bochum), Polnische Berufsvereinigung (Abt. Bergarbeiter), Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin, Gewerkschaft Bergarbeiter), Christlicher Gewerbeverein der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Essen), Gewerbeverein der Bergarbeiter (S. D., Sitz Oberhausen). Es ist das erstmalig, daß die Bergarbeiterorganisationen in Obersachsen in gemeinsamer Vor gehen sich aufrufen. Durch diese Eingabe und Geschlossenheit der ober-sächsischen Bergarbeiter gewinnt die Lohnbewegung an Wucht und Nachdruck.

Aus Nah und Fern.

In der Entschädigungsfrage der Witwe Hermann, deren Mann bei den Moabitern Zusammenstoßen durch einen Boltzschuß niedergestreckt wurde, fand Freitag vormittag wieder ein Termin zur Beweisaufnahme statt, die auf Antrag der Parteien vom Landgericht angeordnet worden ist. Es wurde der Zeuge Pastor Hildebrand vernommen.

Ein erschütternder Doppelselbstmord hat sich in Annaberg im Erzgebirge zugetragen. Dort erschoss sich der Lehrer an der ersten Bürgerschule, Ernst Linemann. Gleichzeitig mit ihm nahm sich seine Mutter, die mit ihm die Wohnung teilte, das Leben. Wie in einem hinterlassenen Briefe angegeben wird, hat Linemann die Tat wegen schwebender unbedeutender Privatdifferenzen begangen.

Opfer der Arbeit. Auf der Zeche „Prosper“ in Essen a. d. Ruhr explodierte ein Leertessel bei einer Reparatur. Ein Monteur wurde getötet, zwei sind schwer verbrannt. — Aus Lehigh in Oklahoma wird über einen folgenschweren Grubenbrand berichtet: Beim Brande einer Kohlengrube wurden sieben Arbeiter getötet. Aber das Schicksal von ungefähr zwanzig Verschütteten herrscht Ungewißheit. Die meisten Opfer sind Ausländer.

Tod infolge Gasvergiftung. In der Küche einer Fleischerei in Oberhausen war in der Nacht der schadhafte Schlauch zum Gaskocher vom Rohr abgerutscht. Da der Hahn nicht geschlossen war, strömte das Gas in die Küche und drang in das darüber liegende Schlafzimmer zweier Brüder. Gestern früh um sechs Uhr fand man beide leblos im Bette liegen. Während es gelang, den einen ins Leben zurückzurufen, waren bei dem anderen alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Selbstmord aus Furcht vor Zwangsarbeit. Aus Innsbruck wird gemeldet: Professor Friedrichs aus Nizza hat sich, nachdem er sich auf die Konstanzer Hütte hatte führen lassen und den Führer nach Hause geschickt hatte, erschossen. Rummehr werden die Gründe für den Selbstmord bekannt. Professor Friedrichs war wegen Brandstiftung auf einem Rittergut zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er war von der russischen Regierung auf eine Studienreise ins Ausland geschickt worden und hatte jetzt den Befehl erhalten, sofort nach Russland zurückzukehren und die Strafe anzutreten. Um dieser nun auszuweichen, erschoss er sich.

Die Gefahren des Treibeises. Aus Vudapest wird gemeldet: Zwischen Banseva und Semlin wollte die Wandervereinigung Banseva mit drei Flößen die durch Treibeis angefüllte Donau überqueren. Das erste Floß wurde durch eine Eisscholle umgekippt. Menschen und Tiere stürzten ins Wasser. Die auf den beiden nachfolgenden Flößen befindlichen Personen eilten zur Rettung herbei. Auch diese Flöße kenterten. Es entstand zwischen den Eisschollen ein fürchterlicher Kampf. Die wilden Tiere versuchten die Käfige zu sprengen. Der größte Teil der Mitglieder konnte das Ufer erreichen. Drei Personen verschwand unter den Eisschollen. Die Tiere ertranken.

Der Riesenbrand von Houston. In dem Riesenbrand, der, wie wir bereits kurz berichtet, die Stadt Houston in Texas zum größten Teil einäscherte, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet. Das Feuer wurde gegen 1/3 Uhr nachts bemerkt. Der Brand, der auf dem Bahnhof der Southern Pacific entstanden war, griff in Nu auf einen Baumwollspeicher über. In wenigen Minuten stand das ganze Lager in Flammen. Da keine Löschapparate vorhanden waren und die Ankunft der sofort alarmierten Feuerwehr sich verzögerte, verbreitete sich das Feuer, durch den heftigen Sturm

begünstigt, auf die umliegenden Gebäude, die in kurzer Zeit bis auf den Grund niederbrannten. Durch die weit umher fliegenden Funken gewann der Brand immer weiter an Ausdehnung. Schon nach einer halben Stunde leit dem Ausbruch des Feuers gleich die östliche Stadt einem Flammenmeer. Die Arbeiten der inzwischen eingetroffenen Feuerwehr wurden jedoch durch das Verfliegen der Hydranten sehr erschwert. Aus den brennenden Häusern und flüchteten zahllose Bewohner, nur mit dem Notdürftigsten bekleidet, in wilder Panik. Mehrere Häuser wurden durch Dynamit gesprengt, um durch die entstandenen Lücken den Brand einzudämmen, doch waren auch diese Bemühungen vergeblich. Schließlich sprangen die Flammen an einer schmalen Stelle des Flusses auch auf den andern Stadteil über und zerstörten auch hier eine große Anzahl Kohlenspeicher und Wohnhäuser. Erst nach 22 stündigen Arbeit an den Stählen verstärkten Wehr, des Feuers Herr zu werden. Das Feuer hatte sich in einem Umkreise von 1/2 Meilen ausgedehnt. 250 Häuser und drei Kirchen sind bis auf den Grund zerstört. Viele Personen werden vermisst, Leichen sind bisher jedoch noch nicht aufgefunden worden. Etwa 2000 Personen sind obdachlos, der Schaden wird, soweit bis jetzt überschätzt, auf 12 Millionen Dollar beziffert, doch dürfte er diese Summe noch um ein beträchtliches überschreiten.

Vergiftungen in einem New Yorker Krankenhaus. Wie aus New York gemeldet wird, sind in einem dortigen Kinderkrankenhaus innerhalb dreier Tage sieben Kinder unter Vergiftungserscheinungen gestorben und fünf andere schwer erkrankt. Die von der Polizei angestellten Ermittlungen ergaben, daß eine noch nicht lange im Krankenhaus tätige Pflegerin sich in einer nahegelegenen Apotheke Gift beschafft hat. Diese Pflegerin steht im Verdacht, den Kindern Gift in die Speisen getan zu haben. Man glaubt, daß sie geisteskrank ist, und hat sie zur Beobachtung einer Irrenanstalt überliefert.

Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 27. Februar bis 3. März 1912:
Neues Stadttheater. Dienstag, den 27. Februar: „Die Rheinnixe“, Lustspiel von Heim. Stobiger. — Mittwoch, den 28. Februar: „Orpheus in der Unterwelt“, Burleske Operette von Offenbach. — Donnerstag, den 29. Februar: „Der Maskenball“, Große Oper von G. Verdi. — Freitag, den 1. März: „Eugen Onegin“, Oper von P. Tschaikowsky. — Sonnabend, den 2. März: Gastspiel der Hofopernsängerin Frida Schreiber: „Boccaccio“, Buffo-Oper von Franz von Suppé. — Sonntag, den 3. März: „Robert und Bertram“, Große Gesangs-Posse von G. Käder.
Sonnabend, 9. März: Gastspiel des Kammerjägers Heinrich Knute von der Hofoper München: „Siegfried“, Minusdrama von R. Wagner.
Stadthallen-Theater. Freitag, den 1. März: „Die Anna-Liese“, Schauspiel von Herm. Herich.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 28. Februar.
1. Qualität 147—150 Mt.
2. „ „ „ „ 140—145 „
Galtische und ähnliche, — „
Amerikanische und fremde, verzollt — „
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt 140—144 „
do. II. do. 137—139 „

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Mener & Co. Sämtlich in Lübeck.



Nur 10 Pfennig

Kosten 2—3 Zeller vorzüglicher Suppe

MAGGI'S Suppen

In kürzester Zeit nur mit Wasser herzustellen.

„MAGGI's gute, sparsame Küche.“

Komitee- und Kommissionssitzungen

V. u. A.

Mittwoch, 28. Februar 1912
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstr. 50—52.

Eine Vier-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Preis 350 Mk.
Näheres Brokingstr. 60.

Ein freundliches Zimmer
an einen jungen Mann zu vermieten.
Margaretenstr. 12. Stg.

Zu vermieten zum 1. April eine kleine Wohnung, für einzelne Leute passend, Preis 120 Mk.
Befersgrube 28/10.

Immobilien-Akquisiteure
(auch Nichtfachleute)
im Außendienst erfahren ges.
Gute Objekte. Hoh. Verdienst.
Verlag Wichterich, Leipzig 176.

Ein Kinderwagen
mit Gummireifen und Schutzblech
zu verkaufen. Reiferstraße 106, 1.

Ein blauer Blockwagen
fast neu, zu verkaufen.
Bräckerstraße 26, 1.

Ein Sitz- und Liegewagen
mit Korbgeleckt und Gummireifen
zu verk. Johannisstr. 66, Dinterh. 1.

Ein weißer, fast neuer Kachel-
ofen auf Abbruch billig zu ver-
kaufen. Wakenhauer 22.

Sitz- und Liegewagen m. Gum.
und eine Sportkarre billig zu
verkaufen. Blaudstraße 7, II.

Neue Platten
für Grammophone sehr billig.
Engelsgrube 70, Dinterh.

Guterhaltener Sitz- und Liege-
wagen und ein Buchhahn zu ver-
kaufen. Gländorffstraße 35, v.

Garzer Kanarienhähne und
Weibchen billig zu verkaufen.
Blomstraße 32/34, part. links.

Kanarienhähne, St. G., zu verk.
Jul. Hartwig, Geversstr. 53, II.

2 schöne Zugänger
sind billig zu verkaufen.
Schwattauer Allee 129.

Eine große Partie
Fertel
hat zu verkaufen.
J. Ahrens, Tremskamp 12.

Spezialitäten
d. Firma Ludw. Wiegels, Fischergrube 57
Bungescher Speiseessig,
Kons. Honigessig, la. Flom-
heringe, la. Anchovis,
la. weinsaure Salzgurken,
la. Magdeburger Sauerkohl
la. Rollmops.

Herzlicher Sonntagsdienst
am 25. Februar von 1 Uhr an.
Dr. med. Schwarzeller, Breitestr. 11
Dr. med. Fr. Eschenburg, Hülfstr. 33.
Dr. med. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22

Land auf mehrere Jahre zu ver-
pachten. Rute 53 Bg.
Riegestr. 184.

Sie sparen
Geld, wenn sie ihre Tapeten kaufen
von
C. Markmann, Maler,
Tapetenhandlung, Drögestraße 12.

Apfelsinen.
Duzend 80 Bg. bis 1.20 Mk.
100 Stück billiger.
(Kisten zu Hamburger Engros-
Preisen) nur süße, ausgewählte
Früchte. Post- und Bahnversand.

C. Heese, Meierstr. 26.
Telephon 1440.

Wirklich echte
Landmettwurst, Leberwurst,
Blut- und Grühwurst,
Schmalz und Grieben
empfiehlt
C. Heese, Meierstraße 26.
Telephon 1440.

Apfel in nur schönen Sorten,
5 Pfd. 80 G., 5 Pfd. 1 Mk., 5 Pfd. 1.25 Mk.,
seine Leberwurst Pfd. 90 G., ger.
Mettwurst 1.10 Mk., jeder probiere,
frische Teintete, St. 11 G., empfiehlt
C. Prestin, Fischgrabenstr. 60.

Zür Zahnelidende!
Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit
beim Essen.

Teilzahlung gestattet.
Marcks, Breite Straße 56
v. 10—1 u. 4—6 Uhr.

Brachtoole Salongarnitur Mk. 165,
Salonschrank 75, Tisch 18, eleg.
Blüschgarnitur 85, Vertikal reich ge-
schmückt 55, gr. Trumeau 95, reich
geschmückte Portgarnit. mit Herren-
tisch 150, Schlafzimmer ff. u. Küche,
Divan, Stühle. Verschiedenes.

Besichtigung Wahnstr. 83, p. r.

Willi Westfeling
Uhrmacher
und Juwelier,
Holstenstraße 32.

Durch Zufall einige neue Herren-
Anzüge, Größe 46, 48 u. 50, sowie
Konfirmanden u. Kinder-Anzüge,
1 Kellner-Frazenzug, 1 eleg. Hfster,
1 goldene Damen-Uhr, 1 Fenster-
Vorhang, für jedes Geschäft passend,
spottbillig.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwaren-
werkstatt.
Fünfl. u. Reparatur-
werkstatt. **Fünfl. u. 13.**

Herren-Sohlen 2.30 Mk.
Damen-Sohlen 1.40 Mk.
Herren-Abfähe 0.75 Mk.
Damen-Abfähe 0.50 Mk.
Kinder-Sohlen u. Abfähe v. 1. Mk. an.
Johannes Voß, Hülfstr. 90.

W. Dreyer, Engelswisch Al.

10.50 Mk. 12.50 Mk.

WELT-SCHUH-MARKE
Salvator
GARANTIERT

15.50 Mk. 18.00 Mk.

Alleinverkauf
F. Baurenfeind, str. 34.

Gebrüder Barg
— 5 Kohlmarkt 5 —
empfehlen

Bettfedern und Daunen
in nur tabelloser Ware.
Groß-Lager in fertig genähten
Bett-Inletts
sodas das Füllen von Betten
stets gleich erfolgen kann.
Ferner sämtliche
Aussteuer-Artikel
in bekannt großer Auswahl.
Rabattmarken od. 4% in bar.

Prima gelbtochende
Magnum bonum-Kartoffeln
10 Pfd. 65 Pfd.
W. Dreyer, Engelswisch Al.

Zur Beachtung für deutsche Mädchen, die nach Frankreich in Dienst gehen wollen.

Deutsche Mädchen, die nach Frankreich in Dienst gehen wollen, tun unter allen Umständen gut, sich vor der Annahme einer Stellung über die **Verfälschung der Dienstverhältnisse**, erforderlichenfalls unter Inanspruchnahme des zuständigen deutschen Konsulats, zu erkundigen. Ihnen ist ferner zu raten, daß sie sich vor Antritt des Dienstes mit einem Geldbetrage versehen, der es ihnen, wenn sie die Stellung wieder aufgeben wollen, ermöglicht, heimzukehren oder sich wenigstens so lange zu behelfen, bis sie eine andere Stelle oder fremde Hilfe gefunden haben. Die erforderliche Belehrung ist solchenfalls dem **Notariatsbüro des Internationalen Verbandes der Fremdbinnen junger Mädchen** zu entnehmen. Dieses Büro, sowie den zur Legitimation erforderlichen Reisepaß oder Heimatschein muß sich das nach Frankreich gehende junge Mädchen unbedingt beschaffen.

Vor der Annahme sogenannter Stellen „au pair“ wird grundsätzlich gewarnt. Unter allen Umständen empfiehlt es sich, einen schriftlichen, zweisprachig abgefaßten Vertrag zu schließen. Das Mutter eines solchen Vertrages steht Interessenten außer bei dem **Polizeiamt** auch bei dem Vorsitzenden des Vereins **Wohlfahrt der weiblichen Jugend, Pastor Papenbrock, Waldenstr. 8**, sowie bei der Vorsitzenden des Vereins **Fremdbinnen junger Mädchen, Fräulein Matilde Reimpell, Herderplatz 2**, zur Kenntnis- und Abschriftnahme zur Verfügung.

Lübeck, im Februar 1912.
Das **Polizeiamt**.

Waldschule Lübeck-Westoe.
Die für die Waldschule anzumeldenden Kinder sind bis zum 20. März durch ihre Eltern Herrn **Dr. med. J. Meyer, Johannisstraße 12**, an den Wochentagen zwischen 4 und 5 Uhr vorzustellen. Das letzte Schulzeugnis ist mitzubringen.
Lübeck, den 24. Februar 1912.
Der Vorsitzende der Waldschulkommision.
Dr. Wychgram.

St. Lorenz erstes und ältestes Motor- und Fahrradhaus.
Neue und alte Fahrräder in großer Auswahl. Eigene Gummi- u. Veranichtungsanstalt. Größte Reparaturwerkst.
H. Benthien
Hafenburger Allee 53.
Februar 2058.

Nur LIEBIG'S Puddingpulver
Marke „Bäckerjunge“ gibt Garantie für reinen Geschmack und unübertroffene Güte.
Täglich frische Milch liefert, Liter 18 Pfg.
W. Müller, Friedeustraße 22.

Betten-Duve Textbücher
zur Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag, dem 3. März:
Was ihr wollt, Lustspiel von W. Shakespeare, sind zum Preise von **20 Pfg.** bei uns erhältlich.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Bunge'scher Speise-Stärke ist anerkannt der beste.
Nur echt mit dem Geißel der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. L. C. Bunge, G. m. b. H.

Sanella
die einzige mit Mandelmilch hergestellte Pflanzen-Butter-Margarine.
Nur echt mit dem Namenszug des Geh. Medizinalrat Dr. Oskar Liebreich.
Liebreich
Alleinige Produzenten: Sana-Gesellschaft m. b. H., Cleve, welche die Möglichkeit, einen vollwertigen Butter-Ersatz nur aus Pflanzenfetten herzustellen, zuerst erkannt und seit 1904 verwirklicht hat.
In den einschlägigen Geschäften erhältlich!
Nachahmungen weisen man zurück!

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca - Rabattmarken.

Amerikanische Uhren-Reparatur-Werkstatt.
Neue Feder 1.00 Mk.
Uhrreinigen 1.00 Mk.
Fast jede einzelne Reparatur nur 1 Mk. bei 2 Jahre schriftl. Garantie.
Huxstrasse 71.
Alle Sorten Weine und Spirituosen auch im Kleinverkauf u. Ausverkauf empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Achtung! Kohlenarbeiter! Sektions - Versammlung
Montag, 26. Febr. abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52
Tages-Ordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.

liefert bestens und billigst.
Gr. Burgstr. 32.

Die Wagen
der **HANSA-MEIEREI.**
führen pasteurisierte Milch. Die Milch (Rahm) wird in der Hansameierei gereinigt, dann in geeigneten besonderen Pasteuriserapparaten auf ca. 85° C. erhitzt und nach der Erhitzung sofort mittels Kühlmaschine, Kunstkühlung, (eventl. bis auf Gefrierpunkt) abgekühlt. Wir empfehlen diese pasteurisierte (keimfrei gemachte Milch ohne Kochgeschmack) mit Rücksicht auf die Veröffentlichungen des Medizinalamtes. Bei den Verkäufern pasteurisierte Milch verlangen. Absoluter Schutz vor Ansteckung.

Hansa-Meierei
Die pasteurisierte Milch wird ohne Preiszuschlag abgegeben.
Reparaturen an Nähmaschinen
jeder Art werden in unserer Werkstatt prompt und sachgemäß ausgeführt.
Singer & Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Fernsprech. 1635. Lübeck Breite Straße 40.

empfehle neue u. alte Fahrräder
in allen Preislagen.
Neue Fahrräder schon von 65.— Mark an.
Sämtliche Reparaturen werden fachmännisch und billig ausgeführt.
Teilzahlung gestattet.
Fahrradhandlung u. Reparatur-Werkstatt
H. Krohne, Schwartau, Eutiner Str. 1.

Aufführung z. Besten d. Kinderlesehalle
am Sonnabend, dem 16. März 1912 nachmittags 6 Uhr, im Colosseum.
Programm.
1. Prolog, gesprochen von Herrn Helmuth Koch vom Schillertheater in Hamburg.
2. Lübeck's Kinder, eine lustige Straßenszene.
3. Prinzessin und Schweinehirt, Kinder-Oper von Köite.
Musikalische Leitung: Fräulein Grete Evers.
Bauerntanz, eingeübt von Fräulein W. Baumann.
Spielleitung: Herr Regisseur W. Schweisguth v. Lübecker Stadttheater.
Preise der Plätze: 2.— Mk. (numeriert) und 1.— Mk.
Karten erhältlich bei **F. W. Kaibel, Musikalienhandlung, Breite Straße.**

Seefahrer-Krankenkasse (E. G. H. Nr. 16.)
Ordentliche General-Versammlung
am Sonntag, d. 25. Febr., nachm. 4 Uhr bei Herrn J. Järb, Engelsgrube 59.
Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.
Wir machen auf §§ 2 u. 26 des Statuts besonders aufmerksam.
Der Vorstand.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.
Eintritt frei.
Gustav Gipp.

Alle Sorten **Brennmaterialien**
empfehlen zu billigsten Preisen frei Haus
Hans Lübecke
Wickedestr. 33/5. Teleph. 2378.
Bei Lieferung ab meinem Lager tritt eine Ermäßigung sämtlicher Preise ein.

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 65 Pfg.

Adlershorst. Tanzkränzchen
Jeden Sonntag
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Zentral-Hallen
Jeden Sonntag.
Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
H. Pagel.

Schönböcken. Fastnachtstanz
am Sonntag, dem 25. Februar.
Hierzu ladet freundlich ein
Bernh. Dettmann.

Wilhelm-Theater.
Jeden Sonntag von 5—1 Uhr:
Ballmusik.

Friedr. Franz Halle
Jeden Sonntag:
Gr. Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr.
Erdstation Krankenhaus.

Hansa-Halle
Morgen Sonntag, 25. Februar:
Gr. Tanzkränzchen
J. Rieck.
NB. Am 10. März:
2. öffentl. Mastenball.

Kalnbergs UNIVERSUM.
Treffpunkt aller fröhlichen Menschen!
20 Programmnummern 20 Dazu:
Huckebein u. Comp.
und
Der Polkakönig.
Beginn 7 Uhr. Ende 12 Uhr.
Entree: 30 Pfg.

Achtung! Rensfeld!
Heute Sonntag in Sütkes Restaurant:
Das zweimal vermietete Bett.
So ist noch nie in Rensfeld gelacht.
Konzerthaus
Zauberflöte.
Täglich Konzert!
Oberbayerische Musik- und Gesangs-Truppe
D' lustig. Traunstoaner
7 Damen, 2 Herren.
Eintritt frei.
Anfang 4 Uhr.
Ludwig Kock.